

A1NEU Präambel

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 13.03.2021

Text

1 Aus der Krise lernen – widerstandsfähiges Hameln-Pyrmont

2
3 Mit der Corona-Pandemie erlebt die Welt den aktuellen Höhepunkt einer ganzen
4 Reihe von weltweiten Krisen des letzten Jahrzehnts. Der atomare Supergau von
5 Fukushima, der Klimawandel, das gigantische Sterben der Arten, die Zerstörung
6 von Biotopen, Hunger, die Fluchtbewegungen aus den Krisen- und Kriegsgebieten
7 der Welt, die Erstarkung rechtspopulistischer Bewegungen, die Zunahme von Hass
8 und Hetze in den sozialen Netzwerken, die Verbreitung von Verschwörungsmithen,
9 die Ausgrenzung von Menschen wegen ihres Geschlechts, ihrer geschlechtlichen
10 Identität, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Abstammung, ihrer Ethnie, ihrer
11 Sprache, ihrer Heimat und Herkunft, ihres Glaubens, ihrer religiösen und
12 politischen Anschauungen, ihrer Behinderung – sie alle haben eins gemeinsam: Sie
13 sind menschengemacht. Sie basieren auf systematischer Reproduktion von
14 Ungleichheit und einem Wirtschaftssystem, das bisher vielfach abhängig von
15 globalen Produktionsketten und Ausbeutung ist.

16
17 Wir wollen das durchbrechen: Es ist möglich, diese Krisen in Chancen und
18 Möglichkeiten für ein besseres Zusammenleben auf diesem Planeten, umzuwandeln!
19 Es liegt in unseren Händen. Gemeinsam mit den Bürger*innen in Hameln-Pyrmont
20 wollen wir die gefühlte Macht- und Einflusslosigkeit angesichts dieser globalen
21 Krisen überwinden. Wir wollen unsere Gestaltungsspielräume und Ressourcen
22 wahrnehmen und nutzen. Wir wollen Hameln-Pyrmont widerstandsfähiger gegen diese
23 globalen Krisen machen ohne zu vergessen, dass wir selbst Teile dieser Welt
24 sind.

25
26 Unser Handeln versucht stets, wie auch im nachgehenden Wahlprogramm
27 verdeutlicht, zwei Ziele zu erreichen: Ein Ende des menschengemachten
28 Klimawandels, der anhaltenden Umwelt- und Naturzerstörung sowie der Missachtung
29 der Würde von Tieren. Das zweite Ziel ist das Erreichen sozialer Gerechtigkeit –
30 ganz egal ob in der KiTa, in der Schule, am Arbeitsplatz oder im
31 gesellschaftlichen und politischen Handeln allgemein. Die Erreichung dieser
32 Ziele beginnt hier, mit uns!

33
34 Mit diesem Wahlprogramm machen wir einen Vorschlag für ein Hameln-Pyrmont, das
35 von Offenheit, Verantwortung und Solidarität geprägt ist. Wir entwerfen eine
36 Zukunft für unseren Landkreis, in der Menschen gut und im Einklang mit ihrer
37 Umwelt leben und wirtschaften können.

38
39 Wir müssen in sehr vielen Bereichen eine Wende einleiten und zwar dringend: die
40 Klimawende, die Pflegewende, die Bildungswende, die Verkehrswende, die
41 Landwirtschaftswende.

42
43 Es gibt viele Ideen und das Wissen über machbare Alternativen. Forschende
44 liefern uns, auch auf regionaler Ebene, viele Lösungen zur Bewältigung
45 verschiedenster Probleme – angefangen hier im ländlich geprägten Raum. Wir
46 wollen weniger Plastik und mehr Schmetterlinge, weniger Autos, mehr sichere
47 Radwege und regionale Einkaufsmöglichkeiten. Wir wollen eine tiergerechte
48 Landwirtschaft und sauberes Wasser. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche
49 nicht mehr unter Armut leiden müssen. Wir wollen Schulen, die so ausgestattet

50 sind, dass sie allen Lernenden eine zukunftsfähige Bildung, Chancengleichheit
51 und Teilhabe vermitteln. Wir wollen gute Arbeitsplätze, das Ladensterben
52 verhindern und kulturelle Angebote ausbauen.

53

54 Mit dem Wissen um die globalen Zusammenhänge wollen wir bei uns vor der Haustür
55 beginnen und mit vielen engagierten und tatkräftigen Menschen gemeinsam viele
56 erste Schritte tun, um das Gesicht unseres Landkreises nachhaltig zu verändern.

57 Für ein lebenswertes, gesundes und vielfältiges Zuhause - in dem auch noch
58 unsere Kinder, Enkel, Urenkel und die unserer Mitgeschöpfe eine gute und gesunde
59 Lebensgrundlage finden.

A2NEU Artenvielfalt

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 13.03.2021

Text

1 Dem Fluss Gestalt zurückgeben - Unsere Weser und die kleinen Fließgewässer

2
3 Das heutige Gesicht der Weser ist historisch durch die Siedlungs- und
4 Wirtschaftsentwicklung geprägt. Kiesabbau, Siedlungen, Landwirtschaft und die
5 Binnenschifffahrt bestimmen unser Bild von der Weser. Ihre ökologische Funktion
6 gerät dabei aus dem Fokus.

7
8 Dabei kann eine ökologisch gestaltete Weser eine Vielzahl wichtiger Funktionen
9 für unsere Gesellschaft und die Artenvielfalt übernehmen: Unbebaute,
10 strukturreiche Auenlandschaften mit Tümpeln, Feuchtwiesen, Auwäldern, trockenen
11 Sandufern und Kiesinseln bieten Hochwasserschutz für unsere Anrainer-Städte und
12 -Gemeinden, sie senken den CO₂-Ausstoß und wirken dem fortschreitenden
13 Klimawandel entgegen. Sie kühlen unsere Städte und bieten Lebensraum für
14 bedrohte Tierarten, wie Fischotter, Blauflügel-Prachtlibelle, Seeadler,
15 Weißstorch und Biber.

16
17 Da das Wasser in Auenbereichen auf größerer Fläche steht, bildet sich auch mehr
18 Grundwasser, was vor dem Hintergrund des raschen Klimawandels zunehmend an
19 Bedeutung gewinnt. Aufgrund der stärkeren Wasserbewegung in flacheren
20 Flussabschnitten sind diese sauerstoffreicher. Aufsteigende Fische, wie der
21 ursprünglich für die Weser heimischer Lachs, finden sich darin besser zurecht
22 und die durch Sedimentablagerung entstehenden Kiesbetten bieten optimale
23 Laichmöglichkeiten in ruhigeren Uferbereichen.

24
25 Für die Artenvielfalt in und am Wasser ist aber auch die Verbesserung der
26 Durchgängigkeit des Flusses für den Fischauf- und -abstieg erforderlich. Dies
27 betrifft in unserem Landkreis die Wasserkraftanlagen in Hameln. Diese verfügen
28 zwar über Fischtreppe, ihre Effizienz wird aber durch die hohe
29 Anströmgeschwindigkeit der Turbinen als gering eingestuft. Viele Fische werden
30 von den Turbinen angezogen und beim Durchschwimmen verletzt oder getötet. Dies
31 muss sich ändern.

32
33 Die Weser ist Schwerpunktgewässer im niedersächsischen Aktionsprogramm zur
34 Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Damit ist eine starke rechtliche Grundlage
35 geschaffen worden, auf deren Basis auch finanzielle Mittel akquiriert werden
36 können. In der Oberweser-Erklärung wurde dies erkannt und man hat sich auf die
37 Inanspruchnahme aller in Frage kommenden Förderinstrumente zur Umsetzung von
38 mehr Flussnatur im Einklang mit Naturtourismus verständigt. Wir sehen hier ein
39 Betätigungsfeld für den nun hauptamtlich geführten Naturpark Weserbergland zur
40 Vernetzung der relevanten Akteure und werden uns selbst mit allen politischen
41 Mitteln für die Revitalisierung der Oberweser einsetzen.

42
43 Dazu gehört für uns auch die Umsetzung des 2016 durch die Anrainerländer
44 vereinbarten "Masterplan Salz", wonach die Salzeinleitung durch das Unternehmen
45 K+S ab 01.01.2022 endgültig beendet sein soll. Kein Salz in unsere Weser - an
46 diese Vereinbarung fühlen wir uns gebunden und werden unsere politischen
47 Möglichkeiten nutzen, um ihre Einhaltung durchzusetzen.

48
49 Auch unsere kleineren Fließgewässer brauchen politische Aufmerksamkeit. Sie

50 befinden sich oftmals in einem schlechten ökologischen Zustand und entsprechen
51 nicht den Vorgaben der europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Deutschland hinkt in
52 dieser Hinsicht weit hinterher. Neben den Belastungen, denen Flora und Fauna
53 ausgesetzt sind droht nun ein Vertragsverletzungsverfahren mit nicht absehbaren
54 finanziellen Konsequenzen, nachdem mehrere Umweltverbände berechtigterweise
55 Beschwerde bei der EU eingelegt haben.

56
57 Für diese kleineren Gewässer zweiter und dritter Ordnung, also unsere Quellbäche
58 und die FFH-Gewässer Emmer, Hamel und Saale, sowie die übrigen Weser- und
59 Leinezuflüsse, wollen wir kontinuierliche öffentliche Zustandsberichte zur
60 ökologischen und chemischen Qualität etablieren. Daraus folgernd sollen Pflege-
61 und Entwicklungspläne entsprechend der europäischen Wasserrahmenrichtlinie
62 erarbeitet und mit den Unterhaltungsverbänden zur Umsetzung gebracht werden. Die
63 untere Wasserbehörde muss hier stärker Verantwortung übernehmen und Verstöße
64 gegen die gesetzlichen Vorgaben ahnden.

65
66 Mit dem niedersächsischen Weg verpflichten sich die Landwirte zudem zu einer
67 Vielzahl von Maßnahmen zur Verbesserung der ökologischen Situation der kleinen
68 Fließgewässer. Hier nehmen wir sie beim Wort und messen sie am Erfolg.

69

70

71 Lebensräume vernetzen - Unsere Berge

72

73 Im Landkreis Hameln-Pyrmont gibt es drei Schlüsselgebiete als Bausteine für den
74 bundesweiten Schutz alter Buchenwälder. Dies sind die Pyrmonter Berge, der Ith,
75 der mit seinen 2715 Hektar europäischen Schutzstatus genießt und der Süntel, der
76 mit dem Hohenstein zumindest in Teilgebieten ebenfalls unter Schutz gestellt
77 wurde. Die zumeist naturnahen Wälder bieten Lebensraum für eine ganze Reihe
78 seltener Arten. Bei den Pflanzen sind dies Orchideen, Blaugras und verschiedene
79 Flechten, bei den Tierarten Charakterarten wie Uhu, Seeadler, Schwarzstorch,
80 Wanderfalke, Rotmilan, Grauspecht und Fledermäuse. Aber auch Luchs, Wildkatze,
81 Blindschleiche, Molch, Unke und Salamander nehmen diesen Lebensraum gerne an,
82 sofern es ihnen gelingt, vom Menschen geschaffene Barrieren zu überwinden. Die
83 Naturbereiche sind durch Siedlungen, Straßen und Agrarlandschaften zerschnitten,
84 mit stetigem Rückgang an Hecken- und Grünstreifen – auch in unserem Landkreis.
85 Der Vernetzung von Lebensräumen kommt deshalb eine wichtige Rolle für den Erhalt
86 der Artenvielfalt zu.

87

88 Auch der Niedersächsische Weg sieht 10% der Landesfläche außerhalb des Waldes
89 und von Siedlungsgebieten für die Schaffung eines landesweiten Biotopverbundes
90 vor, um durch die Wanderung der Arten einen genetischen Austausch und letztlich
91 ihr Überleben zu ermöglichen. Je nachdem, welche Art geschützt werden soll, kann
92 sowohl der Erhalt der Offenlandlebensräume, wie auch die Waldvernetzung durch
93 Anpflanzung von Wildkorridoren eine geeignete Erhaltungsmaßnahme darstellen. Die
94 Herstellung eines abwechslungsreichen Lebensraumnetzes ist deshalb das Ziel.
95 Gehölzbetonte Biotope, Hecken, Offenland und Gewässer müssen sich gegenseitig
96 ablösen.

97

98 Mit dem Wildkatzensprung des BUND und dem Gelbbauchunkenprojekt des NABU sind in
99 unserem Landkreis bereits zwei große Umweltverbände mit ausgezeichneter
100 Expertise in Sachen Biotopvernetzung tätig. Diese Leuchttürme wollen wir

101 politisch weiterhin eng begleiten und unterstützen - auch mit Blick auf eine
102 größtmögliche Ausschöpfung der europäischen und nationalen Fördermittel.

103

104 Im Niedersächsischen Weg wurde darüber hinaus diverses artenreiches Grünland in
105 den Status gesetzlich geschützter Biotope gehoben. In unserem Landkreis sind
106 davon etliche Flächen umfasst, wie zum Beispiel in den Überschwemmungsgebieten
107 von Flüssen und Bächen oder aber in den erosionsgefährdeten Bereichen unserer
108 Mittelgebirgszüge. Darüber hinaus gelten auch Streuobstwiesen mit Hochstämmen ab
109 einer Größe von 2500 qm ab sofort als Biotope. Bündnis 90/ Die Grünen werden
110 sich dafür einsetzen, dass diese Biotope durch die Verwaltung zügig erfasst und,
111 im Dialog mit den Eigentümer*innen, der Erhaltungszustand verbessert wird, eine
112 Bewirtschaftung aber grundsätzlich möglich bleibt. Dafür stellt der
113 Niedersächsische Weg Anreize und Ausgleichsmittel zur Verfügung, die wir
114 ausschöpfen wollen.

115

116 Im Landkreis Hameln-Pyrmont gibt es zahlreiche ehemalige Bergwiesen, die
117 aufgrund der veränderten Art der Nutztviehhaltung oder aus anderen Gründen nicht
118 mehr beweidet oder gemäht werden. Wenn diese verbuschen oder für den Ackerbau
119 umgebrochen werden, gehen damit einzigartige Biotope unwiderbringlich verloren.
120 Bündnis 90/Die Grünen werden sich dafür einsetzen, dass ein weiterer
121 Biotopverlust verhindert wird. Wir wollen dafür die Mittel aus dem
122 Niedersächsischen Weg nutzen und neben der Vereinbarung von
123 Landschaftspflegeverträgen mit den bewirtschaftenden Personen oder Unternehmen
124 den Einsatz von Schafen und Ziegen zur Landschaftspflege fördern.

125

126 Dafür soll, in Kooperation mit den Kommunen und dem Naturpark Weserbergland, ein
127 kreisweites Beweidungskonzept für entsprechende Biotope erstellt und ein
128 Interessenbekundungsverfahren unter den hiesigen Schäfereien ausgeschrieben
129 werden. Unter der Federführung des Naturparks Weserbergland soll dieses Konzept
130 touristisch und - im Sinne von Bildung für nachhaltige Entwicklung - mit
131 Kindergärten und Schulen ausgebaut werden. Das Konzept kann gleichzeitig im
132 Rahmen einer Regionalmarke und Direktvermarktung von Fleisch und Wolle den
133 Bekanntheitswert unserer Region auch außerhalb des Landkreises steigern und
134 Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung geben.

135

136 Der Errichtung einer Schadstoffdeponie im Landschaftsschutzgebiet Ith, erteilen
137 wir eine Absage – nötigenfalls auch mittels eines Klageverfahrens. Eine erneute
138 Verlängerung des Abbaubetriebs lehnen wir ebenfalls ab. Stattdessen werden wir
139 uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass der ausgebeutete Steinbruch für den
140 Naturschutz entwickelt wird.

141

142 Bezüglich möglicher kleinklimatischer Veränderungen im Totental, durch die
143 Erweiterung des Steinbruchs Langenfeld, bleiben wir hartnäckig mit der Unteren
144 Naturschutzbehörde im Gespräch und bestehen auf die Veröffentlichung
145 entsprechender Messungen und die Umsetzung sich daraus ergebender notwendiger
146 Maßnahmen.

147

148 Die Pläne der Firma Rheinkalk, im Rahmen der Reaktivierung des Gesteinsabbaus im
149 Steinbruch Voska in Salzhemmendorf, den Abtransport des Gesteins von der Schiene
150 vollständig auf LKW zu verlagern, lehnen wir ab. Die Anlage soll dem Unternehmen
151 zufolge mit einer Leistung von 300 Tonnen pro Stunde an sechs Tagen in der Woche

152 von 6-22 Uhr betrieben werden. Um die dabei entstehenden Gesteinsmengen
153 abzutransportieren, sind je Stunde 22 LKW-Bewegungen erforderlich – 11 leere LKW
154 zum Steinbruch, die dann beladen erneut durch den Flecken fahren. Die dadurch
155 entstehende Belastung für die Bevölkerung – alle drei Minuten ein 40-Tonner
156 durch die kleinen Orte – halten wir für unzumutbar und werden uns auch weiterhin
157 mit den uns zur Verfügung stehenden politischen Mitteln gegen eine Genehmigung
158 einsetzen.

159
160 Mit der Ökologischen NABU-Station Oberes Wesertal steht jetzt endlich auch für
161 den Landkreis Hameln-Pyrmont eine Vor-Ort-Betreuung für unsere FFH-Gebiete zur
162 Verfügung. In enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde werden die
163 Schutzgebiete überwacht und durch zielgerichtete Maßnahmen an der Verbesserung
164 ihres Erhaltungszustandes gearbeitet. Unter Respektierung ihrer konzeptionellen
165 Grundsätze werden wir die Arbeit der Ökologischen Station politisch begleiten
166 und unterstützen.

A3NEU Klimaschutz

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 13.03.2021

Text

1 Dem Klimawandel begegnen – Hameln-Pyrmont for Future!

2
3 Nach dem fossilen Zeitalter befinden wir uns an der Schwelle zur ökologischen
4 Moderne. Es muss darum gehen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren und
5 die natürlichen Ressourcen nur in dem Maße zu nutzen, wie sie sich auch wieder
6 erneuern können.

7
8 Das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung hat gesellschaftliche
9 Kippmechanismen untersucht, die geeignet sind, kurzfristig einen Durchbruch zur
10 Klimastabilisierung auszulösen. Eine klimaneutrale Stromerzeugung und der Abzug
11 von Finanzen aus Wirtschaftssektoren, die das Klima belasten, sind die
12 wichtigsten kurzfristigen treibenden Kräfte. Der Übergang zu 100 Prozent
13 erneuerbaren Energien, der Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas und damit die
14 Dekarbonisierung aller Wirtschaftsbereiche sind die Schlüsselaufgaben des
15 Klimaschutzes.

16
17 Dies gelingt nur, wenn Rohstoffe und die für ihre Verarbeitung nötige und in
18 ihnen gespeicherte Energie massiv eingespart und möglichst vollständig im
19 Kreislauf geführt und hocheffizient genutzt werden. Dafür ist eine völlig neue
20 Vernetzung innerhalb und zwischen den Sektoren Strom, Wärme, Verkehr, Industrie,
21 Dienstleistung und Landwirtschaft nötig. Die europäische Energieunion soll die
22 verschiedenen Stärken der Regionen – Solarenergie im Süden, Geothermie und
23 Wasserkraft in Skandinavien und den Alpen, Offshore-Windkraft im Atlantik, im
24 Mittelmeer und in der Ostsee, Onshore-Windkraft in ganz Europa – miteinander
25 verbinden. Zentral dafür sind die Entwicklung, der Aufbau und die Nutzung von
26 Netzen und Speichern.

27
28 Die Energiewende wird insbesondere auch in den Kommunen sowie durch regionale
29 Unternehmen und das Handwerk vorangetrieben. Deshalb ist der Landkreis
30 gefordert, einen wesentlich größeren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, die
31 Weichen für den Klimaschutz und die Energiewende zu stellen.

32
33 Ausbau der kommunalen Anstrengungen für den Klimaschutz

34
35 2010 wurde die Klimaschutzagentur Weserbergland durch starkes GRÜNES Engagement
36 ins Leben gerufen. Seitdem hat sie sich zu einem landesweiten Leuchtturm
37 entwickelt. Der Name "Weserbergland" ist Programm. Die Aktivitäten der
38 Klimaschutzagentur erstrecken sich über die Landkreise Hameln-Pyrmont,
39 Holzminden und Schaumburg. Neben den vielen Städten und Gemeinden in den drei
40 Landkreisen sind auch alle drei Landkreise selbst Gesellschafter der
41 Klimaschutzagentur. Die dadurch bereitgestellten Mittel ermöglichen der
42 Klimaschutzagentur ein starkes gemeinnütziges Betätigungsfeld. Sie leistet eine
43 neutrale Beratung für Privatpersonen, die nicht selten Impulsgeber für eine
44 investive Betätigung ist. Davon profitiert nicht nur das Klima, sondern wir alle
45 - die Privatpersonen, die ihre laufenden Energiekosten senken, die
46 Handwerksbetriebe, die Aufträge erhalten und unsere ganze Region durch die
47 Wertschöpfung, die hier vor Ort generiert wird und die Arbeitsplätze, die
48 dadurch gesichert werden. Der Gesellschafterbeitrag ist deshalb nicht nur eine
49 Investition ins Klima und in eine gute Zukunft für uns alle, sondern letztlich

50 auch ganz praktische Wirtschaftsförderung. Deshalb werden wir uns dafür
51 einsetzen, dass dieses gemeinnützige Betätigungsfeld der Klimaschutzagentur
52 nicht nur erhalten sondern weiter gestärkt wird.

53

54 Im Rahmen der Nationalen Klimaschutz-Initiative stellt der Bund für die Kommunen
55 einen ganzen Strauß an Fördermöglichkeiten im Bereich Klimaschutz zur Verfügung.
56 Aktuell ist die „Kommunalrichtlinie“ als Förderprogramm besonders bedeutsam. Im
57 Rahmen des Programms kommen finanzielle Förderungen für Klimaschutzpersonal,
58 Fokusberatung und Potenzialstudien, Energie- und Umweltmanagementsysteme,
59 Energiesparmodelle für Schulen, KiTas, Sportvereine und Sozialunternehmen, den
60 Aufbau kommunaler Netzwerke im Klimaschutz, die Einrichtung von
61 Radabstellanlagen und Mobilitätsstationen oder den Ausbau der Radinfrastruktur
62 im Allgemeinen in Betracht. Es sind Förderungen von bis zu 80% der
63 Gesamtinvestitionen möglich. In unserem Landkreis bleiben diese Förderungen
64 weitgehend unangetastet. Das wollen wir ändern. Gemeinsam mit der
65 Klimaschutzagentur wollen wir die kommunalen Anstrengungen für den Klimaschutz
66 ausbauen.

67

68 Kommunalen Aufbruch ins Solarzeitalter

69

70 Seit 2019 steht den Bürger*innen in den Landkreisen Hameln-Pyrmont, Holzminden
71 und Schaumburg das Solarportal zur Ermittlung des Potenzials ihrer Dächer für
72 die Nutzung von Photovoltaik (PV) zur Verfügung. Dies ist eine wichtige und
73 bewusst niedrigschwellige Entscheidungshilfe, um überhaupt den Weg zu einer
74 weiteren Beratung in Sachen eigener Stromerzeugung zu gehen. Dennoch wird das
75 Potenzial der geeigneten Dächer bislang bei weitem nicht ausgeschöpft. Dies hat
76 vielfältige Gründe, die sicherlich viel damit zu tun haben, dass die Senkung der
77 laufenden Energiekosten eines Haushaltes durch eine PV-Anlage stark davon
78 abhängt, wie hoch der Eigenverbrauch der Bewohner*innen ist. Je mehr PV-Strom
79 selbst verbraucht und nicht ins Netz eingespeist wird, desto höher ist heute die
80 Rentabilität der Anlage. Je nach Haushalt kann dies also weitere Investitionen
81 nach sich ziehen, wie zum Beispiel die Installation eines Stromspeichers, die
82 Umstellung auf Elektromobilität oder die Anpassung der Heizungsanlage auf
83 strombasierte Wärmepumpen oder Speicheröfen.

84

85 Hier setzt einerseits die Solarkampagne der Klimaschutzagentur an, die die
86 Bürger*innen neutral und gemeinnützig bei den anstehenden Entscheidungen berät
87 und unterstützt. Neben der Begutachtung des Daches wird auch der individuelle
88 Strom- und Wärmeverbrauch in die Beratung einbezogen. Andererseits scheuen
89 Privathaushalte eine solche Investition insbesondere dann, wenn das benötigte
90 Kapital zunächst aufgenommen werden muss.

91

92 Die Rolle der kommunalen Stadtwerke

93

94 Diese Lücke wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam mit den kommunalen
95 Stadtwerken Weserbergland, Hameln und Bad Pyrmont schließen. Mit Pacht- oder
96 Fördermodellen möchten wir unsere Bürger*innen ermutigen, durch eine eigene
97 Anlage, die Energiewende voranzubringen und ihnen die finanzielle Entscheidung
98 hierfür erleichtern. Gleichzeitig wollen wir, dass kommunale Energieversorger
99 unseren Bürger*innen Lösungen anbieten, um ihren Eigenverbrauch aus dem selbst
100 erzeugten PV-Strom zu steigern. Dies ist zum Beispiel möglich durch die

101 Etablierung eines intelligenten Speichernetzes, in dem die PV-Anlagen und
102 Stromspeicher der Kund*innen virtuell miteinander verbunden werden. Je nach
103 Bedarf und Wetterlage können die Kund*innen überschüssigen Strom in die
104 Community einspeisen oder benötigten Strom hieraus beziehen. Die intelligente
105 Vernetzung ermöglicht privaten Haushalten eine maximale Steigerung des
106 Eigenverbrauchs und die Direktvermarktung des überschüssigen Stroms.

107
108 Um das Ziel einer 100%igen Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, ist die
109 Verkehrswende von zentraler Bedeutung. Dies beinhaltet auch den Umstieg auf
110 Elektromobilität. Die Stadtwerke können dabei als treibende Kraft agieren, indem
111 sie sich am Ausbau der Ladeinfrastruktur beteiligen. Neben der Installation von
112 öffentlichen Ladesäulen spielt dabei insbesondere die Förderung der privaten
113 Ladeinfrastruktur eine entscheidende Rolle. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass
114 die Stadtwerke Kooperationen mit Wallbox-Herstellern eingehen um unseren
115 Bürger*innen Ladelösungen zum Vorzugspreis anzubieten. Darüber hinaus wollen wir
116 spezielle Autostromtarife einführen, die 100% Ökostrom zum reduzierten
117 Arbeitspreis beinhalten.

118
119 Alle kommunalen Stadtwerke in Hameln-Pyrmont sollen zudem spezielle Tarife für
120 strombasierte Heizsysteme anbieten, die ebenfalls 100% Ökostrom zum reduzierten
121 Arbeitspreis beinhalten.

122
123 Mittelfristig wollen wir, dass unsere Stadtwerke sich aus allen fossilen
124 Energieerzeugungen zurückziehen sowie bis spätestens 2030 treibhausgasneutral
125 werden und nur noch Strom aus 100% erneuerbaren Quellen anbieten.

126
127 Zukunft 100% Erneuerbare Energien

128
129 Um die Kräfte zu bündeln und die Akteur*innen der Energiewende im Landkreis an
130 einen Tisch zu bringen, wollen wir den Runden Tisch "Zukunft 100% Erneuerbare
131 Energien", der 2012 als "Runder Tisch Virtuelles Kraftwerk" gestartet ist,
132 reaktivieren. Der Runde Tisch wird sowohl im Klimaschutz-Teilkonzept erneuerbare
133 Energien als Maßnahme empfohlen und findet sich als regelmäßiges Akteursforum
134 auch in den Empfehlungen des Masterplans 100 % Klimaschutz wieder. Er ist
135 Plattform für den Austausch über Projekte im Bereich erneuerbarer Energien. Die
136 Netzwerkarbeit soll kontinuierlich weitergeführt und verstärkt werden. Der Runde
137 Tisch ist Forum für Fachimpulse für Zukunftsthemen, für moderierte Diskussionen
138 zu aktuellen Fragestellungen sowie Austausch von Informationen.

139
140 Masterplan Klimaschutz umsetzen!

141
142 Insgesamt steht mit dem Masterplan Klimaschutz ein wichtiges Instrument zur
143 Senkung der Treibhausgase um 95% gegenüber 1990 und zur Reduktion des
144 Endenergieverbrauchs um 50% gegenüber 2010 zur Verfügung. Wir wollen den
145 Masterplan mutig und konsequent umsetzen. Der vorgeschlagene Maßnahmenkatalog
146 umfasst 87 Punkte, die mehr oder weniger umfangreich und langwierig in der
147 Umsetzung sind. Sie müssen in einer politischen 5-Jahres-Agenda nach Wichtigkeit
148 und Dringlichkeit priorisiert und zu Jahrespaketen gebündelt werden. Dies ist
149 eine Aufgabe für die ersten 100 Tage der Wahlperiode des neuen Kreistages. Zudem
150 müssen dafür entsprechende finanzielle Mittel in den Haushalt eingestellt werden
151 – natürlich unter Nutzung der vorhandenen Förderkulissen durch Bund und Land. Als

152 Folge der Corona-Pandemie bieten Bund und Land derzeit so attraktive
153 Förderprogramme wie nie zuvor an, die zum Teil eine 100 % Förderung vorsehen.
154 Damit soll verhindert werden, dass die Klimaschutzbemühungen aufgrund der
155 knappen kommunalen Haushalte zum Erliegen kommen. Diesen Umstand wollen wir
156 nutzen.

157
158 Die Umsetzung des Masterplans wollen wir durch eine Teilnahme am European Energy
159 Award (eea) sicherstellen. Der eea ist ein Programm für umsetzungsorientierte
160 Energie- und Klimaschutzpolitik in Städten, Gemeinden und Landkreisen. Er ist
161 prozessorientiert angelegt. Ziel des Programms ist es, Energieeinsparung und die
162 effiziente Nutzung von Energie in der Kommune zu unterstützen und den Einsatz
163 regenerativer Energien zu steigern. Mit einer systematischen Ist-Analyse
164 bewertet die Kommune den Stand ihrer energie- und klimapolitischen Arbeiten und
165 ermittelt eigene Stärken und Schwächen. Auf Basis dieser Erkenntnisse werden
166 weitere Maßnahmen identifiziert, geplant und umgesetzt. Die Klimaschutzagentur
167 Weserbergland und das Institut für Solarenergieforschung Hameln (ISFH) könnten
168 das Verfahren als eea-Berater begleiten. Alle vier Jahre würde die Arbeit einer
169 externen, unabhängigen Auditierung unterzogen, um die erreichten Fortschritte zu
170 quantifizieren. Durch die systematische Erfassung der bisherigen Arbeit sowie
171 durch die Planung und Umsetzung neuer Projekte wird die Energieeffizienz in den
172 Kommunen kontinuierlich gesteigert.

173
174 Neben einem jährlichen Energiebericht für die eigenen Liegenschaften des
175 Landkreises wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Erstellung eines jährlichen
176 Klimaschutzberichtes erreichen. Diese Berichte sollen die Ergebnisse der
177 Klimaschutzarbeit der Verwaltung dokumentieren, ein Monitoring der
178 Zielerreichung und einen Umsetzungsfahrplan für das jeweilige kommende Jahr
179 beinhalten. Die Berichte sollen der Politik präsentiert werden. Es sollen des
180 Weiteren konkrete Zwischenziele für die CO₂-Einsparung und die Verringerung des
181 Energieverbrauchs für 2025/2030/2035/2040/2045 festgelegt werden.

182
183 **Mach Dein Haus fit!**

184
185 Das Heizen von gewerblichen und privaten Gebäuden macht mehr als 10% der CO₂-
186 Emissionen aus. Deutschlandweit und insbesondere in Hameln-Pyrmont liegen hier
187 viele „niedrig-hängende Früchte“, also ein Einsparpotential welches mit geringem
188 Aufwand und in vielen Fällen einem finanziellen Plus für
189 Wohngebäudebesitzer*innen gehoben werden kann. Der Gebäudebestand im Landkreis
190 ist im überregionalen Vergleich eher betagt und der Sanierungsstau relativ groß.
191 Vergleichbar mit dem Austausch von Glühbirnen durch LEDs, findet eine Erneuerung
192 der Heizsysteme aufgrund der im Vergleich hohen Anfangskosten und der
193 Verunsicherung der Beteiligten oft nicht statt. Analog zu der Abschaffung von
194 Glühbirnen gibt es bei Heizungen die Energieeinsparverordnung (EnEV), die einen
195 Zeitplan für den Austausch vorgibt.

196
197 Wir wollen die bereits bestehende Kampagne „Mach Dein Haus fit!“ der
198 Klimaschutzagentur um eine formale Kooperation zwischen der Klimaschutzagentur,
199 den Stadtwerken (als Betreiber der Fernwärmenetze), den
200 Bezirksschornsteinfegern, der Energieagentur und der Verwaltung des Landkreises
201 erweitern. Diese Kooperation soll eine Bestandsaufnahme durchführen, also
202 feststellen, welche Fortschritte bei dem Austausch alter Heizungen bisher

203 erreicht wurden und in welchen Orten, Stadtteilen und Straßenzügen der EnEV eine
204 Sanierung in den nächsten Jahren vorschreiben wird. Dies muss dazu führen, dass
205 in diesen Nachbarschaften die Beratung und (wenn sinnvoll) der Ausbau von
206 Fernwärme forciert wird, um die CO₂-Emissionen im Landkreis nachhaltig zu
207 senken.

A4NEU Atomkraft

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 13.03.2021

Text

1 Verantwortung für die Ewigkeit - Das atomare Erbe verwalten

2
3 Nach mehr als 45 Jahren Widerstand geht das AKW Grohnde Ende 2021 endlich vom
4 Netz. Für uns ist das ein Grund zum Feiern, denn wir haben uns von Anfang an
5 gegen die Nutzung von atomarer Energie zur Stromgewinnung eingesetzt. Zu
6 unüberschaubar waren die Risiken. Die Atomkatastrophen in Harrisburg,
7 Tschernobyl und Fukushima haben uns leider Recht gegeben. Doch damit nicht
8 genug, ist die Endlagerfrage bis heute ungelöst.

9
10 Mit dem Rückbau des AKW Grohnde und vieler anderer AKWs in ganz Deutschland,
11 steht die Endlagerfrage jetzt auch vor unserer Haustür. Das Zwischenlager am
12 AKW-Standort in Grohnde wird uns noch viele Jahrzehnte erhalten bleiben, um die
13 hochradioaktiven Abfälle in Castoren so lange zu lagern, bis irgendwo in
14 Deutschland ein Endlager gefunden und hergerichtet wurde, das den
15 Ewigkeitsanforderungen am wenigsten schlecht genügt.

16
17 Doch auch der Umgang mit den schwach- bis mittelradioaktiven Abfällen und den
18 freigemessenen Abfällen, die beim Rückbau des AKW Grohnde anfallen werden, muss
19 uns in den nächsten Jahrzehnten politisch beschäftigen. Deshalb haben wir eine
20 Begleitkommission gegründet, die sich aus politischen Vertreter*innen des
21 Kreistages, der Kreisverwaltung, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und dem
22 Kraftwerksbetreiber zusammensetzt. Wesentliches Ziel der Begleitkommission ist
23 die Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit, Initiativen und Verbänden an
24 den Rückbauplänen und Fortschritten, sowie den sich daraus ergebenden
25 Konsequenzen für die Öffentlichkeit. Die Begleitkommission soll sich erst wieder
26 auflösen, wenn der Rückbau vollständig abgeschlossen ist.

27
28 Die bisherigen Rückbaupläne sehen die Verbringung der schwach- bis
29 mittelradioaktiven Abfälle in das, von Anti-Atom-Initiativen immer als
30 ungeeignet angesehene Erzbergwerk Schacht Konrad vor. Dies lehnen wir ab. Wir
31 sind der Meinung, dass auch für die Endlagerung dieser radioaktiven Abfallarten
32 ein bundesweites, wissenschaftsbasiertes und ergebnisoffenes Suchverfahren
33 gestartet werden muss.

34
35 Daran schließt sich unmittelbar die Frage nach einem Zwischenlager für schwach-
36 bis mittelradioaktive Abfälle an. Die Pläne der Bundesregierung sehen vor, in
37 unserem Nachbarlandkreis Hötter, in Würgassen, ein Bereitstellungslager für
38 diese Abfallarten einzurichten. Das würde bedeuten, dass aus ganz Deutschland
39 auch durch den Landkreis Hameln-Pyrmont, schwach- bis mittelradioaktive Abfälle
40 über schlecht ausgebaute Straßen an einen völlig ungeeigneten Standort im
41 Überschwemmungsgebiet der Weser transportiert würden. Dabei muss man sich klar
42 machen, dass jeder Transport für die Bevölkerung ein zusätzliches
43 Gefährdungsrisiko birgt. Wir lehnen auch diesen Wahnsinn ab.

44
45 Völlig ungeklärt ist bislang, was mit den freigemessenen Abfallarten aus dem
46 Rückbau des AKW Grohnde passieren soll. Dabei handelt es sich um Abfallarten,
47 deren Strahlungsdosis rein rechnerisch 10 Mikrosievert pro Jahr und pro Person
48 voraussichtlich nicht übersteigen darf.

49

50 Diese Abfälle werden bundesweit in DK1-Deponien verbracht, wie sie derzeit im
51 stillgelegten Steinbruch Bisperode im lth geplant wird. Befürworter*innen dieses
52 Vorgehens argumentieren, dass die Umgebungsstrahlung 10 Mikrosievert pro Jahr
53 und pro Person weit überschreitet, es sich hierbei also um eine
54 vernachlässigbare und gesundheitlich unbedenkliche Strahlungsdosis handele. Wir
55 halten diese Argumentation für falsch.

56
57 Die heutige Umgebungsstrahlung setzt sich bereits aus der natürlichen Strahlung,
58 die in vielen Gesteinsarten vorkommt und der menschengemachten künstlichen
59 Strahlung zusammen, die durch die zivile und militärische Nutzung von atomarer
60 Energie zum Beispiel im medizinischen Bereich, zur Energiegewinnung, durch
61 Atomkatastrophen oder Forschung an und Einsatz von Atombomben entstanden ist.

62
63 Diese künstliche Strahlung hat bereits zu einer Zunahme von Schilddrüsen-, Herz-
64 Kreislauf- und Tumor-Erkrankungen in den letzten Jahrzehnten geführt. Deshalb
65 warnen beispielsweise die „Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW)
66 vor dem sorglosen Umgang mit freigemessenen Abfällen aus Atomkraftwerken und
67 ihrer Entlassung aus dem Atomrecht. Sie erhöhen die künstliche
68 Umgebungsstrahlung zusätzlich und setzen die Anwohner*innen von solchen Deponien
69 täglich und rund um die Uhr einer erhöhten Umgebungsstrahlung aus.

70 Im Rahmen der geschaffenen Gremien und unserer politischen Einflussmöglichkeiten
71 auf den verschiedenen politischen Ebenen wollen wir uns als Kreisverband dafür
72 einsetzen, von diesem Prinzip abzusehen. Wir unterstützen die Forderung der
73 Atommüllkonferenz – einem Zusammenschluss von Anti-Atombewegungen – für alle
74 Abfallarten sichere Endlager zu finden und die Abfälle so lange sicher und
75 rückholbar am Standort zu belassen.

76
77 Mit dem Standortauswahlgesetz wurde ein Endlagersuchprozess für hochradioaktive
78 Abfälle in Gang gebracht, der eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung vorsieht.
79 Die BGE hat 2020 den ersten Teilgebiete-Bericht vorgelegt und in einer
80 bundesweiten Online-Konferenz über zwei Tage vorgestellt. 80% der
81 niedersächsischen Landesfläche sind demnach weiterhin im Suchverfahren. Auch die
82 gesamte Fläche des Landkreises Hameln-Pyrmont ist weiterhin Suchgebiet.

83
84 Wir sind der Meinung, dies ist Grund genug, sich intensiv mit der Thematik zu
85 beschäftigen. Natürlich stehen wir hinter dem Beschluss, ergebnisoffen nach dem
86 bestmöglichen – oder auch am wenigsten schlechten - Standort für ein atomares
87 Endlager zu suchen. Wir sind realistisch genug um anzuerkennen, dass es nun
88 einmal eine Lösung für die Endlagerfrage geben muss. Letztlich ist der Umstand,
89 dass es einen solchen Suchprozess überhaupt gibt, starker GRÜNER Politik zu
90 verdanken. Wenn es also das Ergebnis dieses Suchprozesses sein sollte, dass der
91 am wenigsten schlechte Standort für ein atomares Endlager in unserem Landkreis
92 liegt, dann sind wir auch bereit, dies zu akzeptieren. Sollte es jedoch auch nur
93 den Hauch eines Zweifels geben, dass dieser Standort anders als nach
94 wissenschaftlichen Kriterien und anders als auf dem neuesten Stand von Forschung
95 und Technik festgelegt wurde, werden wir unsere politischen Mittel nutzen, um
96 den Standort zu verhindern.

97
98 Damit Zweifel von Anfang an angemessen berücksichtigt werden können, sind
99 Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung Grundvoraussetzung. Die ersten
100 Erfahrungen mit der Teilgebietekonferenz zeigen jedoch, dass längst nicht

101 transparent gemacht wird, welche konkreten Daten der Bundesgesellschaft für
102 Endlagerung (BGE) als wissenschaftliche Grundlage zur Verfügung stehen. Das ist
103 dem Umstand zu „verdanken“, dass nicht alle Daten aus öffentlichen Quellen
104 stammen, sondern auch auf privatwirtschaftliche Daten zurückgegriffen wird.
105 Ehrenamtliche, Kommunen und andere Interessierte haben aber keine Chance,
106 Festlegungen nachzuvollziehen, wenn sie nicht auf dieselben Daten zurückgreifen
107 können, wie das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE).

108
109 Wir werden uns in den politischen Gremien auf den verschiedenen Ebenen dafür
110 einsetzen, dass an dieser Stelle nachgebessert wird. In jedem Fall ist aber die
111 Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der BASE sehr wissenschaftslastig und für
112 Laien, sowie für Hauptamtliche in den Kommunen, die dies neben ihrer
113 eigentlichen Arbeit bewältigen sollen, nur schwer zu durchdringen. Die Kommunen
114 und Ehrenamtlichen brauchen hier eigene wissenschaftliche Expertise.

115
116 Wir wollen dem Beispiel der bayerischen Landkreise folgen, die in Wunsiedel eine
117 landkreisübergreifende gemeinsame Geschäftsstelle eingerichtet haben, deren Ziel
118 es ist, Politik und Wissenschaftler*innen mit Fachwissen zu versorgen und in der
119 Kommunikation nach außen klar und sachlich aufzutreten.“

A5NEU3 Verkehr

Antragsteller*innen:

Text

1 Hameln-Pyrmont steuert ins GRÜNE – Klimafreundliche Mobilität

2
3 Der Verkehrssektor ist der Einzige, in dem die Treibhausgas-Emissionen seit 1990
4 nicht gesenkt werden konnten. Bei wachsendem Gesamtverkehrsaufkommen hat es
5 keine Verlagerung hin zu umweltfreundlicher Mobilität gegeben. Auch die
6 Elektrifizierung der Verkehrsträger hinkt hinter dem klimapolitisch Notwendigen
7 hinterher. Kurz gesagt: Die Verkehrswende dürfte eine der größten
8 klimapolitischen Baustellen sein, gleichzeitig ist sie eines der zentralen
9 Handlungsfelder grüner Kommunalpolitik.

10
11 Bündnis 90/Die Grünen stehen für die Förderung, Optimierung und den Ausbau des
12 Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Darunter verstehen wir
13 Mobilitätsangebote, die allen Menschen allgemein zugänglich und kostengünstig
14 zur Verfügung stehen. Zum Angebot gehören der regionale Eisenbahnverkehr,
15 Linienbusse und Anruflinientaxen.

16
17 Beim Bahnverkehr stehen wir zur Elektrifizierung der Strecke zwischen Löhne und
18 Elze (Löhner Bahn) mit stellenweiser Zweigleisigkeit (Doppelspurinseln). Dies
19 bedeutet eine erhebliche Verbesserung des Personennahverkehrs auf der Strecke,
20 die Erhöhung der Anschlusssicherheit in Hameln, Elze, Löhne und Hildesheim und
21 begrenzt die Durchlässigkeit der Strecke für Güterzüge. Für eine Diskussion über
22 einen weitergehenden Ausbau der Löhner Bahn stehen wir unter Berücksichtigung
23 lokaler Interessen zur Verfügung. Voraussetzung dafür ist eine transparente
24 Bürger*innen-Beteiligung, die konsequente Umsetzung aktiver und passiver
25 Lärmschutz- und Erschütterungsmaßnahmen, wie z.B. die rasche Um- bzw. Ausrüstung
26 von Güterwagons mit sogenannten „Flüsterbremsen“, mehr Geld für effektivere
27 Lärmschutzmaßnahmen (Wände, Absorber etc.) und angemessene
28 Geschwindigkeitsbeschränkungen Voraussetzung ist auch die Sicherstellung einer
29 Verbesserung des Schienen-Personenverkehrs, durch eine bessere Taktung und
30 weitere Haltepunkte, wie in Fischbeck oder Hameln-Nordstadt.

31 Ein wichtiges Bahnangebot im Landkreis ist die S-Bahn Hannover. Neben der
32 Erweiterung des Halbstundentaktes nach Bad Pyrmont, setzen wir uns für einen
33 ganztägigen "Sprinter" von Hameln nach Hannover ein. Wir stehen für eine
34 gemeinsame Planung des Verkehrs und eine enge Abstimmung mit der Region
35 Hannover und der LNVG.

36 Darüber hinaus setzen wir uns für die vollständige Integration in den
37 Großraumverkehr Hannover ein. Das Fahrplanangebot in der Fläche muss als
38 Alternative zum Pkw attraktiver gestaltet. Buslinien müssen eine auf den
39 Bahnverkehr abgestimmte Taktung erhalten und Mobilitätsmöglichkeiten zur
40 Weiterfahrt auch in den Randstunden ermöglicht werden.

41 Wir wollen, dass Mobilität ganzheitlich gedacht wird und die Mobilitätskette von
42 haustür zu Haustür zusammen gesehen wird um die individuelle Fahrzeit für die
43 Menschen und ihre Wege zu verkürzen und eine echte Alternative zum PKW zu
44 bieten.

45 Damit mehr Menschen auf den ÖPNV umsteigen, wollen wir die Anbindung der
46 ländlichen Bereiche unseres Landkreises bedarfsgerecht verbessern. Mit Hilfe
47 einer Einwohner*innen-Befragung wollen wir die Mobilitätsgewohnheiten ermitteln,
48 um Linienführungen und Taktungen zu analysieren und zu überarbeiten.

49
50 Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben die Mängel im Bereich Digitalisierung
51 der Öffis offengelegt. Fahrgäste wurden an den Bussen abgewiesen, weil sie keine
52 Möglichkeit hatten, ein mobiles Ticket zu lösen. Fahrplanänderungen im Wege von
53 Corona und dem Wintereinbruch im Frühling wurden nur verspätet oder gar nicht in
54 digitale Datenbanken eingepflegt. Apps können uns wesentliche Informationen
55 liefern und das Leben erleichtern.

56
57 Die Öffi-App ist zu einem smarten Leitsystem weiterzuentwickeln. Neben
58 Fahrgastinformationen, Fahrplanauskünften (möglichst in Echtzeit!), Ticketbuchen
59 und Reservieren von Leihfahrzeugen aller Art, sollen auch Informationen bei
60 Betriebsstörungen zu Alternativrouten möglich sein. Die Öffi-App wird zur
61 täglichen Begleitung. Unter Umständen kann es auch sinnvoll sein, eine
62 bestehende und ausgereifte App zu nutzen. Analog zu vielen anderen
63 Verkehrsverbänden sollte der Ticketkauf über die App der Deutschen Bahn möglich
64 sein. Es könnte auch die App der GVH genutzt werden. Sobald zuverlässig gute
65 Live-Daten über den Fahrplan zur Verfügung stehen, werden diese über
66 verschiedene bereits bestehende Plattformen nutzbar sein.

67
68 Zentrale ÖPNV-Haltestellen wollen wir zu Mobilitätspunkten entwickeln. Der ÖPNV
69 bietet zahlreiche Umsteigepunkte an. Gerade diese sind besonders hochwertig und
70 attraktiv zu gestalten. Sie sollen nicht nur das Umsteigen zwischen Bahnen und
71 Bussen, sondern auch zu ergänzenden (intermodalen) Angeboten ermöglichen.

72
73 Für lange Wege ist es attraktiv, Fuß-, Rad- oder Autoverkehr mit dem ÖPNV zu
74 kombinieren. Wer die letzte Meile mit dem Fahrrad zum ÖPNV zurücklegt, möchte
75 das Fahrrad oder E-Bike gern am Bahnhof oder an der Haltestelle abstellen. Dafür
76 ist der Ausbau guter, sicherer und sauberer Fahrradabstellanlagen an
77 Haltestellen erforderlich. An größeren Haltestellen, insbesondere auf dem Land,
78 auch PKW-Parkplätze. Die Anlagen sind außerdem gut zu beleuchten, damit keine
79 Angsträume entstehen. Um den Wandel vor Ort zu beschleunigen, fördern wir den
80 Ausbau von Ladeinfrastruktur für E-Bikes und E-Autos insbesondere an zentralen
81 ÖPNV-Haltestellen im ländlichen Raum.

82
83 Wer die Vorzüge von Fahrradfahren und ÖPNV voll auskosten will, möchte Fahrräder
84 auch in Bussen und Bahnen mitnehmen. Insbesondere auf dem Land sind dazu
85 Fahrzeuge umzurüsten (großzügige Aufstellflächen in den Fahrzeugen schaffen oder
86 Fahrradträger an den Fahrzeugen montieren). Die Fahrradmitnahme ist zur
87 Förderung der kombinierten Fahrten kostengünstig und in Abo- und Monatskarten
88 bereits inbegriffen. Eine weitere gute Ergänzung sind Miet-Zweiräder im Float-
89 System für die bzw. den letzten Kilometer. Im Abo soll auch dieses Angebot schon
90 inbegriffen sein.

91
92 Wir wollen das Carsharing-System in unserem Landkreis ausbauen. Insbesondere an
93 Mobilitäts-Knotenpunkten des ÖPNV löst es ein Stück weit das Problem, dass
94 private PKW über 23 Stunden täglich stehen, und bietet Menschen ohne eigenes
95 Auto eine weitere Möglichkeit mobil zu sein. Dabei setzen wir auf emissionsfreie

96 Fahrzeuge. Private Initiativen zum Teilen von privaten Autos unterstützen wir
97 ebenso, wie verschiedene Car-Sharing-Anbieter und neue Konzepte, wie die Nutzung
98 kommunaler Fahrzeuge für ein Car-Sharing-System.

99 Den eigenen Fuhrpark der Kreisverwaltung rüsten wir sukzessive auf
100 emissionsfreie Fahrzeuge um. Wir wollen als Landkreis damit ein Vorbild für die
101 gesamte Bevölkerung sein. Gleichzeitig hinterfragen wir die Größe des Fuhrparks
102 und regen zur Nutzung von E-Lastenrädern und E-Fahrrädern an.

103 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern einen klimaneutralen ÖPNV-Betrieb bis 2035. Die
104 Verkehrsbetriebe Hameln-Pyrmont sind aufgefordert, Konzepte zur Umstellung ihrer
105 gesamten Fahrzeugflotte (Omnibusse, PKW, Sonderfahrzeuge) auf energiearme und
106 emissionsfreie Fahrzeuge zu erarbeiten und umzusetzen. Die dafür zur Verfügung
107 stehenden Fördermittel sind auszuschöpfen.

108
109 Eine gute Fahrradinfrastruktur ist Voraussetzung dafür, dass Menschen gern und
110 sicher mit dem Fahrrad fahren. Schlaglöcher, kleine Schäden und andere
111 Unebenheiten mindern den Fahrkomfort und machen den Radweg eher zum
112 Hindernisparcours. Bündnis 90/Die Grünen wollen deshalb die Investitionen in den
113 Fahrradwegeerhalt steigern und zur Umsetzung die notwendigen personellen
114 Ressourcen in der Verwaltung bereitstellen.

115
116 Neben der Instandhaltung ist die Pflege von Radwegen von zentraler Bedeutung.
117 Der regelmäßige aber auch - im Bezug auf Insekten und Vögel - angemessen
118 behutsame Schnitt von Büschen, Bäumen und Gräsern gehört genauso dazu, wie die
119 regelmäßige Reinigung (u. a. von Laub, Scherben, etc.) und der Winterdienst.

120
121 Radschnellwege sind sehr gut trassierte und ausgebaute Fahrradwege, die Groß-
122 und Mittelzentren miteinander verbinden. Ein Blick in die Niederlande zeigt,
123 dass auf einer guten Infrastruktur Menschen bereit sind, Entfernungen bis zu 10
124 Kilometer und mehr im Alltag zurückzulegen. Bündnis 90/Die Grünen wollen diese
125 Infrastruktur etablieren und ausbauen.
126 Wenn die Menschen zu ihrer Arbeit das Fahrrad benutzen sollen, brauchen sie
127 sichere Radwege. Deshalb ist eine wesentliche Forderung, im Landkreis die
128 fehlenden Lücken über die Gemeindegrenzen bei den Radvorzugrouten zu schließen.

129
130 Einige beispielhafte Forderungen sind ein gut ausgebauter Radweg zwischen Klein-
131 Berkel und Groß-Berkel, die Schaffung einer Verbindung zwischen der Wehler
132 Marsch und dem Hamelner Weg in Fischbeck (und damit einer direkten Verbindung
133 von Hess. Oldendorf bis Hameln Innenstadt), das Schließen von Lücken der
134 ausgebauten Wirtschaftsstraßen entlang der B217 zwischen Hottenbergfeld und
135 Hasperde Gewerbegebiet Rascher Ort, die Schließung der Lücke des überregionalen
136 Radwegs zwischen Afferde und Behrensen parallel zur B1. Wir GRÜNEN stehen zu
137 einer zügigen und konsequenten Umsetzung des Radverkehrskonzeptes des
138 Landkreises.

139
140 Die verschiedenen Zuständigkeitsbehörden werden aufgefordert zusammenzuarbeiten.
141 Dazu gehören auch sichere Kreuzungen und Ampelschaltungen, die auch die
142 Fahrradfahrer*innen berücksichtigen und eine "grüne Welle" für Radfahrer*innen
143 ermöglichen.

144
145 Für Bündnis 90/Die Grünen ist es nicht mehr zeitgemäß, dass Fahrbahnen über die

146 Straßenbeleuchtung ausgestrahlt werden, während Radfahrende am Straßenrand
147 häufig im Dunklen bleiben. Auf wichtigen Wegverbindungen sind intelligente
148 Beleuchtungskonzepte zu bauen, die mit Bewegungsmeldern gesteuert werden.

149

150 Immer mehr Menschen entdecken das Fahrrad auch zum Sport oder Reisen. Ob für den
151 Tagestrip, übers Wochenende oder eine Mountainbike- oder Urlaubsradtour, der
152 touristische und sportliche Nutzen im Freizeitradverkehr steigt. Bündnis 90/Die
153 Grünen heißt alle Radler*innen herzlich willkommen. Gute Radwege, eine sinnvolle
154 Wegweisung und hilfreiche Angebote entlang der touristischen Fahrradrouten
155 tragen zum positiven Image des Fahrrad-Landkreises bei. Im Sinne des Umwelt- und
156 Naturschutzes setzen wir uns für ein landkreisweites, offizielles Mountainbike-
157 Wegenetz ein. Das ist eine gute Chance, sich hier von der besten Seite zu zeigen
158 und in guter Erinnerung zu bleiben.

159 Den Neubau einer vierspurigen Südumgehung, für die mehrere Gebäude in Hameln und
160 Afferde abgerissen werden müssten, die Naherholungs- und Naturschutzgebiete
161 Weser, Fluthamel, Töneböns Teiche und der Düth massiv in Mitleidenschaft gezogen
162 werden würden, lehnen wir in dieser Form ab.

A6NEU5 Soziales

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 13.03.2021

Text

1 Gleiche Startbedingungen schaffen – Soziale Teilhabe

2
3 Es kann teuer werden, sich unseren Sozialstaat nicht zu leisten, denn er
4 garantiert den inneren Frieden. Dennoch ist es um unseren Sozialstaat schlecht
5 bestellt: In kaum einem Industrieland herrscht eine so hohe Ungleichheit in
6 Bezug auf Einkommen, Vermögen und Chancen wie in Deutschland – und diese
7 Ungleichheit nimmt weiter zu.

8
9 Wir GRÜNE setzen uns für eine glaubwürdige kommunale Sozialpolitik ein, die
10 Teilhabe für alle ermöglicht, Armut bekämpft und dazu beiträgt, dass das Zuhause
11 bezahlbar bleibt. Wir fördern ein gutes Miteinander der Menschen, die schon
12 länger hier leben und derer, die neu zugewandert sind. Auch vor Ort ist für uns
13 die tatsächliche Gleichstellung von Frauen wichtig. Nur eine familienfreundliche
14 Gemeinde ist auch eine zukunftsfähige Gemeinde.

15
16 Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass im alltäglichen
17 Zusammenleben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine
18 Selbstverständlichkeit ist. Ausreichende und qualitativ gute Kinderbetreuung,
19 flexible Angebote und familienfreundliche Öffnungszeiten gehören dazu. Gleiche
20 Bildungschancen für alle und gut ausgestattete Schulen, die eine attraktive
21 Umgebung für gutes Lernen bieten, haben für uns Priorität.

22
23 Auch in der Jugendförderung wollen wir GRÜNE uns stark machen. Wir setzen uns
24 ein für eine freie, eine weltoffene und vielfältige Gesellschaft und wir stehen
25 an der Seite der zivilgesellschaftlichen Initiativen im Kampf gegen Rassismus
26 und rechte Gewalt. Bei der Kommunalwahl 2021 kommt es auch darauf an, dass unser
27 Landkreis nicht nach rechts abdriftet. Menschenfeindlichkeit und rechte Hetze
28 haben bei uns nichts zu suchen.

- 29
- 30 • Wir unterstützen alle zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen, die
31 sich Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
mit friedlichen Mitteln entgegenstellen.
 - 32 • Wir setzen uns für den Auf- und Ausbau von Anlauf- und Beratungsstellen
33 für Menschen, die in Not geraten sind, ein. Dazu gehören die Arbeitslosen-
34 , Obdachlosen-, Schuldner*innen- und Suchtberatung, sowie die
35 Schwangerenkonfliktberatung, die Beratungsstellen für Menschen, die von
36 sexualisierter Gewalt betroffen sind, die Beratungsstellen für Familien,
37 Paare und Alleinerziehende mit Erziehungsproblematiken, das Frauenhaus und
38 die Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt.
 - 39 • Die sozialen Einrichtungen unseres Landkreises brauchen für ihre wertvolle
40 Arbeit eine verlässliche Förderung. Wir setzen uns dafür ein, dass die

41 kommunalen Mittel bedarfsgerecht ausgeweitet und verlässlich zugewiesen
42 werden.

- 43 • Frauenhäuser substanziell finanziell unterstützen
- 44 • Neue und alternative Wohnformen wie das Mehrgenerationenwohnen, Senioren-
45 WG, Wohnen mit Pflege auch in der Fläche fördern
- 46 • Die gesundheitliche Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen
47 auf den Prüfstand stellen und sie bedarfsgerecht ausbauen.

48 Gleichberechtigte Teilhabe für alle

49 Eine inklusive, vielfältige Gesellschaft ist die Voraussetzung für eine
50 lebendige Demokratie, in der unterschiedliche Lebensentwürfe gleichberechtigt
51 verwirklicht werden können. Gute politische Entscheidungen werden auf der Basis
52 unterschiedlicher Perspektiven und Lebensrealitäten getroffen. Wir GRÜNE wollen
53 eine gleichberechtigte Teilhabe aller Identitäten in der Kommunalpolitik.
54 Zusammen mit den hier engagierten Vereinen, Verbänden und Initiativen wollen wir
55 Lücken ermitteln und entsprechend Schritte planen, um das Ziel der
56 gleichberechtigten Teilhabe zu erreichen.
57

58
59 Gemeinsam arbeiten wir an einem Landkreis, in dem alle Menschen frei von
60 einschränkenden Rollenbildern leben können. So lassen vielfältige Vorbilder zur
61 Entwicklung Raum.

62 Wir fordern daher konkret:

- 63 • Projekte wie das Mentoring-Programm zur gleichberechtigten Teilhabe von allen
64 Geschlechtern in Politik und Wirtschaft sind weiter auszubauen.
- 65 • Es besteht nach wie vor ein Männerüberhang unter den Mandatsträger*innen auf
66 kommunaler und auf Kreisebene. Als GRÜNE gehen wir mit gutem Beispiel voran und
67 besetzen unsere Listenplätze quotiert.
- 68 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass Sitzungszeiten familienfreundlich
69 angepasst werden und die Teilnahme an Sitzungen auch online möglich ist. Bei der
70 Besetzung der Ausschüsse sowie bei Entsendungen des Landkreises in externe
71 Gremien, Organisationen und Institutionen achten wir auf ein ausgewogenes
72 Verhältnis der Geschlechter, gerade auch in Bezug auf Wirtschafts-, Verkehrs-
73 und Finanzfragen.

74 Alles inklusive!

75
76 Nicht nur für Geschlechtervielfalt muss noch viel getan werden, auch anderen
77 Gruppen im Landkreis stehen noch viele Hürden im Weg, die wir abräumen müssen.
78 Dabei spielt das Thema Barrierefreiheit eine wichtige Rolle. Wir möchten, dass
79 Menschen mit Handicaps gleichberechtigt am Leben teilhaben können, ob es im
80 Bereich der Wirtschaft, der Schule, im Kindergarten, in der Freizeit, beim
81 Einkaufen in der Stadt oder beim Besuch von Ämtern oder Gesundheitseinrichtungen
82 ist. Wir setzen uns für möglichst viele Arbeitsplätze auf dem ersten
83 Arbeitsmarkt ein. Inklusive Klassen, inklusive Kindergärten, (Nacht)Taxis für
84 Menschen mit Handicaps zu flexiblen Zeiten, damit auch mal ein Kinobesuch
85 möglich ist, das ist unser Ziel. Formulare müssen in leichter Sprache vorhanden,
86 Erklärvideos und ein Button zum Vorlesen zugänglich sein. Alle
87 Quartiersentwicklungsmaßnahmen, Neubauten und Sanierungen müssen auf

88 Barrierefreiheit geplant und überprüft werden, so dass für alle Menschen ein
89 diskriminierungsfreier Zugang möglich wird. Neue und alternative Wohnformen wie
90 das Mehrgenerationenwohnen, Wohngemeinschaften und das Wohnen mit Pflege sollen
91 unseren Landkreis bereichern. Wichtig ist außerdem eine zentrale Anlaufstelle im
92 Kreishaus, die Förderprogramme auflegt und bei barrierefreien Umbaumaßnahmen
93 unterstützt.

94
95 Die sehr hohe Zahl von Regelungen zu Möglichkeiten und Zuwendungen für Menschen
96 mit Beeinträchtigungen verhindert den Überblick. Ohne eine unabhängige
97 Teilhabeberatung sind die Betroffenen Falsch- und Fehlinformationen
98 ausgeliefert. Deshalb werden wir uns für die Etablierung der ergänzenden und
99 unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) unbefristet auch über das Jahr 2022 hinaus,
100 einsetzen.

101 102 Integration

103
104 Unser Landkreis ist stark von Sekundärmigration geprägt. Besonders nach Hameln
105 sind viele Iraker/innen gezogen. Um einer Ghettobildung vorzugreifen, bedarf es
106 vieler kreativer Integrationsangebote. Besonders niederschwellige Sprachangebote
107 mit Kinderbetreuung und berufsspezifische Angebote sollten ausgebaut und die
108 Volkshochschule damit beauftragt werden. Auch die Sprachförderung von der
109 Alltagssprache zur Bildungssprache bedarf einer großen Anstrengung, um dem Ziel
110 der gleichen Bildungschancen näher zu kommen.

111
112 Neben dem Migrationsrat und dem interreligiösen Dialog fördern wir Projekte, die
113 die Integration besonders der Flüchtlingsfamilien unterstützen. Dabei wollen wir
114 das schon gut ausgebaute ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern
115 unterstützen und ausbauen. Es sollen gezielt Programme für Jugendliche
116 entwickelt werden, die den Kontakt zu deutschen Jugendlichen intensivieren.

117
118 Um den Übergang von Weiterbildungsangeboten und Sprachkursen in ein
119 selbstbestimmtes Arbeitsleben zu erleichtern, werden wir Kooperationen zwischen
120 ehrenamtlichen und kommunalen Initiativen, Schulen und ortsansässigen
121 Arbeitgeber*innen initiieren.

122
123 Wir wollen an zentralen Punkten im Kreis Anlaufstellen für Menschen einrichten,
124 an denen niedrigschwellig und ohne Kontrolle im Internet recherchiert,
125 gearbeitet und auch gedruckt werden kann – und das in der jeweiligen Sprache der
126 Nutzer*Innen.

127
128 Wir wollen Verständnis für die sozialen Gefüge anderer Kulturkreise. Dafür
129 benötigen wir Fachkräfte, die mit Empathie und kultureller Sensibilität agieren
130 sowie eine Gesellschaft, die ermöglicht, kultursensible Arbeit zu leisten. Für
131 diesen Bereich werden wir entsprechende Fortbildungen schaffen, die einheitlich
132 und verbindlich angeboten werden.

133 134 Kinderschutz ernst nehmen

135
136 Wenn es in Familien nicht rund läuft, sind häufig die Kinder die Leidtragenden.
137 Ihre Bedürfnisse geraten durch die Probleme der Eltern aus dem Blick. Sie werden
138 vernachlässigt, erleben Gewalt oder sind selbst von körperlicher oder seelischer

139 Gewalt betroffen. In solchen Situationen ist es wichtig, dass es vor Ort
140 funktionierende Kinderschutzvereinbarungen und Netzwerke aus KiTas, Schulen,
141 Gesundheitswesen, Polizei, Jugendhilfe und öffentlicher Verwaltung gibt, die die
142 Kinder besser in den Blick nehmen und die Eltern befähigen, sie zu schützen.

143
144 Wenn wir Kinderschutz ernst nehmen, müssen wir uns fragen, welche Netzwerke
145 Fachkräfte und Ehrenamtliche in unseren Städten und Gemeinden vorfinden, in
146 denen sie sich bei Verdachtsfällen beraten können, bevor sie den oft
147 weitreichenden Schritt zum Jugendamt machen. Sie fürchten einen
148 Vertrauensverlust und das Wegbleiben der Kinder aus ihren Einrichtungen und
149 Angeboten, wenn bekannt wird, dass sie das Jugendamt involviert haben. Sie
150 brauchen vor Ort fachliche Ansprechpartner*innen und Beratungsmöglichkeiten, die
151 neben den individuellen Faktoren auch die sozialräumlichen Ressourcen und
152 Unterstützungsmöglichkeiten berücksichtigen.

153
154 Mit der Initiative „Kein Raum für Missbrauch“ wirbt der Bundesbeauftragte für
155 Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs aktuell für die Erstellung von
156 Schutzkonzepten in Schulen, KiTas und Vereinen, in denen Kinder betreut werden.
157 Dies stellt die Zuständigen vor besondere Herausforderungen, da fachliches Know-
158 How aufgebaut werden muss, das sich in entsprechenden Netzwerken viel leichter
159 organisieren lässt, als wenn es jede Einrichtung für sich alleine schaffen muss.
160 Die gemeinsame Auseinandersetzung und Sensibilisierung für Fragen der sexuellen
161 Gewalt erhöht zudem die Wahrscheinlichkeit, dass Missbrauchsstrukturen, wie sie
162 im Fall Lügde zutage getreten sind, schneller erkannt und den Kindern viel Leid
163 erspart bleiben kann.

164
165 Deshalb setzen wir uns für die Regionalisierung der Jugendhilfe in Form von
166 Jugendhilfestationen in Salzhemmendorf-Coppenbrügge, Aerzen-Emmerthal, Bad
167 Münden, Hessisch Oldendorf, Bad Pyrmont und Hameln und für die Bildung von
168 sozialräumlich orientierten und institutionalisierten Kinderschutz-Netzwerken
169 ein.

170
171 Der Fall Lügde hat eindrücklich gezeigt, wie wichtig die Einhaltung der gültigen
172 Fachstandards sowohl in der Hilfeplanung als auch im Kinderschutz ist bzw.
173 gewesen wäre. Sie sichern die Qualität der Arbeit im Kinderschutz und
174 verhindern Verfahrensfehler mit weitreichenden Folgen. Für einen gelingenden
175 Kinderschutz brauchen wir Führungspersönlichkeiten, die es sich zur Aufgabe
176 machen, einerseits die Einhaltung geltender Fachstandards einzufordern und zu
177 kontrollieren aber andererseits ihren Mitarbeiter*innen auch die nötigen
178 Ermessensspielräume einzuräumen und sie durch Anerkennung, Verbindlichkeit und
179 Fairness an die Kreisverwaltung zu binden.

180
181 Führungskompetenzen werden einem jedoch nicht in die Wiege gelegt. Führung muss
182 man lernen. Dies ist ein nicht selten schmerzhafter Prozess, der eine hohe
183 Selbstreflektion abverlangt. Teamleitungen nehmen zudem übergeordnete
184 organisatorische, vernetzende und vermittelnde Funktionen wahr. Die vielfältigen
185 Leitungsaufgaben können nur halbherzig wahrgenommen werden, wenn Teamleitungen
186 weiterhin eigene Fälle bearbeiten.
187 Deshalb setzen wir uns dafür ein, Teamleitungen von der eigenen Fallbearbeitung
188 freizustellen, sowie für die standardisierte Teilnahme an
189 Führungskräftequalifizierungen und die Möglichkeit eines professionellen

190 Coachings für Teamleitungen.

191

192 Die soziale Arbeit im Allgemeinen und die Jugendämter im Besonderen sind
193 zunehmend vom Fachkräftemangel betroffen. In ländlichen Regionen wie unserer ist
194 der Fachkräftemangel zudem stärker zu spüren, als in urbanen Räumen. Durchsetzen
195 können sich langfristig nur Arbeitgeber*innen, die in Arbeitszufriedenheit und
196 persönliche Entwicklung der Mitarbeiter*innen investieren. Dazu gehört neben
197 regelmäßiger Fortbildung und Supervision vor allem eine gute Einarbeitung. Neben
198 einer guten pädagogischen Ausbildung benötigen die Mitarbeiter*innen im
199 Jugendamt fundierte Kenntnisse der allgemeinen Verwaltungsvorschriften, sowie
200 natürlich des SGB VIII und des Familienrechts. Erfahrungen im Kinderschutz
201 müssen zunächst aufgebaut und durch erfahrene Kräfte fachlich begleitet werden.
202 Die Einarbeitung dem Zufall zu überlassen, kann für die Biografien der
203 Adressat*innen weitreichende Konsequenzen haben. Stattdessen sollte strukturiert
204 vorgegangen und Einarbeitung zur Chef*innen-Sache erklärt werden. Dies ist
205 gleichzeitig Garant für mehr Qualität im Kinderschutz. Deshalb setzen wir uns
206 für die Erarbeitung eines Einarbeitungskonzeptes für neue Mitarbeiter*innen im
207 Jugendamt ein.

208

209 Öffentlicher Gesundheitsdienst

210 Gerade in der Pandemie-Situation hat sich gezeigt, wie wichtig ein breit
211 funktionsfähiger ÖGD ist. Wir setzen uns für eine Stärkung des ÖGD ein, um auch
212 jenseits von Krisenmanagement und -bewältigung für die Prävention und
213 Gesundheitsförderung tätig sein zu können. Er soll personell dauerhaft besser
214 ausgestattet werden. Für die Besetzung von Vakanzen sind kreative Lösungen
215 erforderlich. Insbesondere die guten Ansätze der Gesundheitsregion müssen
216 prioritär umgesetzt werden.

A7NEU2 Bildung

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 13.03.2021

Text

1 Bildung ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Dasein und die Teilhabe
2 am Gesellschafts- und Berufsleben – ein ganzes Leben lang. Bildungspolitik
3 beginnt bei der Unterstützung von Familien mit kleinen Kindern, setzt sich in
4 der KITA fort, umfasst den allgemeinbildenden Schulbereich, die weiterführenden
5 Schulen, die Volkshochschulen, Berufsqualifizierungsmaßnahmen und die
6 persönliche Weiterbildung.

7
8 Jedes Kind, jeder Mensch hat das Recht, dass ihm alle Bildungschancen
9 offenstehen und optimale Bildungschancen bereitgestellt werden. Bildungspolitik
10 ist zwar in erster Linie Ländersache, der Landkreis steht als Schulträger aber
11 in der Verantwortung für die räumliche und sächliche Ausstattung der Schulen,
12 für die strategische Schulentwicklungsplanung und für die Bildungsberatung. Wir
13 setzen uns dafür ein, dass

- 14 • unsere Schulen weiterhin saniert und neugestaltet werden; wir setzen uns
15 dabei für eine lernfördernde und jugendgerechte Ausstattung der Räume wie
16 der Außenanlagen ein; inklusives und barrierefreies Lernen muss
17 grundsätzlich in allen Kitas und Schulen ermöglicht werden; zudem müssen
18 die Schulen für einen gebundenen Ganztagsunterricht ausgestattet sein
- 19 • unsere Jugendlichen beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die
20 berufsbildende Schule oder das Studium besser unterstützt werden;
21 gemeinsam mit den Berufsbildenden Schulen, den Kammern, der Agentur für
22 Arbeit und der Jugendberufshilfe wollen wir daher die Beratungs- und
23 Unterstützungsangebote bündeln und damit aktiv insbesondere auf
24 Jugendliche mit einem besonderen Unterstützungsbedarf zugehen
- 25 • unsere berufsbildenden Schulen baulich und vor allem technisch so
26 ausgestattet werden, dass sie den modernen Anforderungen der
27 Digitalisierung gerecht werden; dazu bedarf es der digitalen Entwicklung
28 berufsbezogener Projekträume, einer modernen Ausstattung mit
29 berufstypischen technischen Geräten und Anlagen und eines hochwertigen
30 technischen Supports.
- 31 • Unterstützung Alternativpädagogischer Konzepte (wie z.B. Montessori- oder
32 Wildnispädagogik) im Rahmen von Modellprojekten an staatlichen Schulen und
33 Unterstützung von Waldkindergärten und Ersatzschulen in freier
34 Trägerschaft.
- 35 • Unterstützung der Volkshochschule (vhs) als Infrastruktur für lebenslanges
36 Lernen

37 Ganztagsbetreuung in KITAS und Schulen und differenzierende Unterrichtsformen
38 brauchen mehr Raum – auch für Aktivitäten, die über den Unterricht hinausgehen:
39 Mensa, Schulbibliotheken, Erholungs- und Bewegungsräume sind integrierte
40 Bestandteile der schulischen Lernumgebung. Integrierende Schulformen wie die IGS

41 sollen ausgebaut werden, da insbesondere diese Schulen darauf ausgerichtet sind,
42 den individuellen, manchmal unstetigen Lernbiographien von Schülern gerecht zu
43 werden.

44

45 Im Bereich der digitalen Kommunikation an Schulen wurde nicht erst in der
46 Corona-Krise deutlich, wie hoch hier der zukünftige Bedarf ist. Infrastruktur
47 hierfür ist nachhaltig weiter aufzubauen und verlässlich zu organisieren.
48 Deshalb ist eine moderne Ausstattung der Klassenräume, sind leistungsfähige
49 Internetanschlüsse in allen Klassenräumen und Arbeitszimmer für Lehrer*innen
50 eine Voraussetzung für optimale Bildungschancen. Um soziale Gerechtigkeit zu
51 erreichen, ist eine produktive, sozial gerechte Lernumgebung entscheidend. Dies
52 umfasst beispielsweise auch die Schulsozialarbeit.

53

54 Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass jeder Kindergarten im
55 Landkreis inklusiv wird, damit jedes Kind an seinem Wohnort einen entsprechenden
56 Kindergartenplatz finden kann. Um dieses Vorhaben zu unterstützen, streben wir
57 ein trägerübergreifendes Poolmodell an, aus dem Fachkräfte für Inklusion je nach
58 Bedarf an dem entsprechenden Kindergarten für einen bestimmten Zeitraum
59 eingesetzt werden können.

60

61 Wir wollen die Heinrich-Kielhorn-Schule in Hameln als Zentrum für Inklusion
62 ausbauen. Der gute Personalschlüssel an der Förderschule für geistige
63 Entwicklung soll allen Schülerinnen und Schülern zu Gute kommen. Auch
64 Kooperationsklassen sind für uns eine Brücke zum Umbau in ein inklusives
65 Schulsystem, das den Anforderungen der Behindertenkonvention gerecht wird.

66

67 Dafür fordern wir das Land Niedersachsen auf, die personelle Situation für die
68 Inklusion in allen Schulformen deutlich zu verbessern und im Neuen Kita-Gesetz
69 die dritte Fachkraft zu verankern und die Inklusion in Kindergärten
70 durchzusetzen. Eine Gruppengröße mit maximal 18 Kindern ist für alle Kinder und
71 Erzieher*innen eine gute Ausgangsbasis.

72

73 Zudem fordern wir GRÜNE:

- 74 • Früh- und Sprachförderung in KITAs - auch in der U3-Betreuung
- 75 • Vielfältige Sprachförderung in der Integration
- 76 • Berücksichtigung der Perspektiven von Schüler*innen und Eltern bei der
77 Schulentwicklung
- 78 • Förderung von Fair-Trade-Projekten an Schulen und KITAs
- 79 • Ausbau der Umweltbildung, z.B. anhand von Schulgärten oder
80 Schulsolaranlagen
- 81 • einen sozial gestaffelten Preis für das Mittagessen in Kindergärten und
82 Schulmensen
- 83 • Gesunde Lebensmittel und Bio-Produkte in Kindergärten und Schulmensen,
84 nach Möglichkeit aus der Region.
- 85 • Täglich wenigstens eine vegetarische oder vegane Alternative auf dem
86 Speiseplan

87 Politische Bildung

88

89

90 Mit „Fridays for Future“ hat die Jugend neue Bewegung in den politischen Diskurs
91 gebracht. Wir GRÜNE fordern aktive Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und
92 Jugendliche. Wir regen die Einrichtung einer Arbeitsgruppe im Kreistag an, die
93 sich um die Zusammenarbeit mit Schülerinnen und Schülern kümmert. In Anlehnung
94 an Modelle wie "Pimp your town" soll während der Wahlperiode jede*r Schüler*in
95 des Landkreises den Kreistag mit seinen Ausschüssen kennengelernt haben. Wir
96 unterstützen alle Ideen zum Ausbau der politischen Bildung, besonders den
97 außerschulischen Bildungsort Bückeberg. Auch die Zusammenarbeit mit dem Institut
98 für Solarenergieforschung (ISFH) wollen wir weiter forcieren und Umweltprojekte,
99 z.B. mit dem Programm „auf jedes Schuldach eine Solaranlage“, anschieben.

100

101 Sexuelle Bildung

102

103 Einen essentiellen Bestandteil von gelungener Kinder- und Jugendarbeit stellt
104 die sexuelle Bildung dar. Sie bildet eine grundlegende Basis für die in einer
105 fortschreitend digitalen Welt immer wichtigeren Präventionsarbeit und stärkt das
106 Selbstverständnis und Identitätsgefühl junger Menschen. Beides sind notwendige
107 Kompetenzen zur erfolgreichen Navigation von Berufs- und Privatleben.
108 Konfrontiert mit einer Gesellschaft, in der eine Überpräsenz sexueller Inhalte
109 sowohl online als auch offline existiert, sind Kinder darauf angewiesen, dass
110 wir ihnen empathisch und empowernd Werkzeuge an die Hand geben, damit sie ihre
111 Sexualität selbstbestimmt und glücklich entfalten können.

112

113 Um sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen effektiv bekämpfen zu
114 können, ist es unerlässlich, den Kindern bereits von Anfang an ein sicheres
115 Verständnis über ihre Rechte mit auf den Weg zu geben. Ebenso wichtig ist ein

116 der Entwicklung entsprechendes Vokabular, um Vorgänge am eigenen Körper klar
117 benennen zu können. Deshalb dürfen sich sexualpädagogische Konzepte nicht auf
118 Sexualkundeunterricht in den Schulen oder freiwillige Informationsangebote in
119 der Freizeitgestaltung beschränken, sie müssen bereits in Kitas fachgerecht
120 umgesetzt werden.

121
122 Die Bedürfnisse und Sorgen von Kindern und Jugendlichen sind heute so
123 individuell und divers wie ihre jeweiligen Biographien und Hintergründe:
124 Fluchterfahrungen und kultureller Dissonanz gilt es mit ebenso großer
125 Sensibilität und sorgfältiger Beratung zu begegnen wie jungen Menschen, die ihre
126 Identität auf dem queeren Spektrum verorten. Diese Herausforderungen müssen sich
127 in den Kenntnissen und Kompetenzen der Fach- und Betreuungskräfte zwingend
128 widerspiegeln.

129
130 Der Landkreis hat zusammen mit diversen Einrichtungen, Fachkräften und
131 Betroffenen ein Präventionskonzept gegen sexualisierte Gewalt in der Kindheit
132 und Jugend erarbeitet. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Konzept umgesetzt
133 wird.

A8NEU5 Verwaltung

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 13.03.2021

Text

1 Das Verwalten gestalten – Politische Richtlinien für die Verwaltung

2
3 Eine moderne Verwaltung muss Dienstleisterin und Partnerin der Bürger*innen
4 sein. Dazu muss sie personell und technisch gut ausgestattet werden. Moderne
5 Verwaltung steht für Bürger*innennähe, kurze Wege, hohe Beratungsqualität,
6 Sensibilität und nachvollziehbare Entscheidungsprozesse.

7
8 Dabei kommt es nicht zuletzt auf eine konsequente Umsetzung der Möglichkeiten
9 der Digitalisierung an. Eine digitale Verwaltung darf sich jedoch nicht damit
10 begnügen, einfach nur bestehende Vorgänge zu digitalisieren. Die Verwaltung soll
11 besser, dynamischer, niederschwelliger und bürger*innennäher werden. Der
12 digitale Behördengang muss durch seine Ausgestaltung für möglichst alle Menschen
13 beherrschbar sein. Selbstverständlich müssen die Verwaltungsdienstleitungen des
14 Landkreises und der Kommunen aber auch weiterhin in vollem Umfang analog zur
15 Verfügung stehen.

16
17 Mit einer E-Government-Strategie für den Landkreis Hameln-Pyrmont wollen wir
18 dafür sorgen, dass alle digitalisierbaren Verwaltungsdienstleitungen spätestens
19 Anfang 2023 digital angeboten werden. Der Datensicherheit wird dabei höchste
20 Priorität eingeräumt.

21
22 Das Online-Zugangsgesetz (OZG) verpflichtet die öffentlichen Verwaltungen in
23 Bund, Land, Kreis, Städten und Gemeinden, ihre Dienste bis spätestens Ende 2022
24 digital zugänglich zu machen. Diese Vorgabe soll auch unser Landkreis umsetzen.
25 Das Ziel ist ein unkomplizierter, sicherer und barrierefreier Zugang zu allen
26 Verwaltungsleistungen.

27
28 Digitalisierung bedeutet jedoch weit mehr als die Umsetzung des OZG. Die
29 Coronapandemie hat gezeigt, dass die Wirtschaftssektoren, in denen Formen
30 digitaler Zusammenarbeit schon weit fortgeschritten sind, am wenigsten unter der
31 Krise leiden. Es geht darum, die digitale Infrastruktur über die öffentlichen
32 Verwaltungen hinaus auszubauen, um digitale Prozesse zu ermöglichen, zu stärken
33 und krisensicher zu machen.

34
35 Das betrifft viele Bereiche des Alltags: Wirtschaftsunternehmen ebenso wie das
36 Privatleben, kulturelle und mediale Angebote ebenso wie Bildung und Erziehung.
37 Digitalisierung ist nicht zuletzt eine Frage der gleichberechtigten Teilhabe am
38 öffentlichen und wirtschaftlichen Leben.

39
40 Die Digitalisierung, beispielsweise der Schulen, setzt Investitionen in die
41 Netzinfrastruktur, in Hardware, in das IT-Management und die Kompetenz zum
42 Umgang mit Informationstechnologie voraus. E-Learning funktioniert nur, wenn
43 alle Schüler*innen gleichermaßen Zugang zu Endgeräten und zum Internet haben,
44 wenn sie damit umgehen können und wenn auch die Lehrenden über ausreichend
45 Erfahrung und Kompetenz im Einsatz digitaler Medien verfügen.

46
47 Wir GRÜNE fordern:

- 48
49 • Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes für alle Verwaltungsdienstleistungen bis

50 2022

- 51 • Schließung der Lücken der Breitbandversorgung
- 52 • Bereitstellung freier WLAN-Zugangspunkte an den zentralen Punkten des
- 53 öffentlichen Lebens (Verwaltungen, Gemeinschaftshäuser, Umsteigebereiche des
- 54 ÖPNV) mit Fokus auf Sicherheit und Datenschutz. Insbesondere sollten dabei
- 55 nichtkommerzielle und unabhängige open-source-Angebote genutzt werden.
- 56 • Ausstattung aller Schüler*innen mit einem digitalen Endgerät in aktuellem
- 57 Standard. Familien mit geringem Einkommen sind dabei finanziell zu unterstützen.
- 58 • Wir treten dafür ein, die Mitarbeiter*innen konsequent für die Aufgaben einer
- 59 digitalen Verwaltung fortzubilden.
- 60 • Mit einer Hameln-Pyrmont-App wollen wir Informationen, regionale
- 61 Veranstaltungen und Märkte, Hilfs- und Unterstützungsangebote, Adressen von
- 62 Vereinen und Unternehmen zugänglich machen und die Möglichkeit schaffen, Termine
- 63 bei Behörden und anderen öffentlichen Stellen zu buchen.

64
65 In der Verwaltung liegen viele Informationen vor, die für Bürger*innen,
66 Unternehmen und Verbände von großem praktischem Nutzen wären. Wir fordern, dass
67 diese Information aufbereitet und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt
68 werden.

69
70 Konkret sollten Kartendaten aus der Verwaltung, soweit irgend möglich zur
71 Verfügung gestellt werden. Dabei sollten z.B. geplante Sperrungen,
72 Bautätigkeiten, die Position von Straßenschildern und deren Veränderung
73 vollautomatisch aus dem intern genutzten Geo-informationssystem veröffentlicht
74 werden. Diese Transparenz an Information gilt z.B. auch für den genauen
75 Zuschnitt von Katastergebieten (Wohn-/Gewerbegebiete) Landschafts- und
76 Naturschutz und den dort geltenden Vorschriften sowie für die Ergebnisse von
77 Ausschreibungen zur Auftragsvergabe.

78
79 Viele dieser Informationen sind ohnehin verfügbar – man müsste „nur einmal in
80 der Verwaltung nachfragen“. Wir fordern aber, dass diese Pro-Aktiv der
81 Öffentlichkeit in maschinennutzbarer Form zur Verfügung gestellt werden.

82
83 Darüber hinaus wollen wir, dass sich langfristig die Herangehensweise der
84 Verwaltung an Transparenz ändert. Alle Informationen, zu deren Veröffentlichung
85 gesetzlicher Ermessensspielraum besteht, sollen nicht per Standard geheim
86 („verwaltungsintern“), sondern standardmäßig der Öffentlichkeit zugänglich sein.

87 Es ist rechtlich möglich, dass die Meldebehörde persönliche Daten der
88 Bürger*innen (Adresse, Geburtsdatum, usw.) an Interessent*innen gegen
89 Geldzahlung übermittelt. Wir fordern eine individuelle Informationspflicht, wenn
90 Daten an dritte Einzelpersonen übermittelt werden und eine jährliche
91 Berichterstattung der Verwaltung in einem öffentlichen Ausschuss, welche
92 Datenarten in welchem Umfang und zu welchem Zweck an welche Unternehmen
93 herausgegeben wurden.

94
95 Die Bürger*innen haben ein Anrecht auf größtmögliche Transparenz politischer
96 Entscheidungen. Öffentliche Ratssitzungen müssen daher künftig ins Internet
97 gestreamt werden. Dies sollte so gestaltet werden, dass die gestreamten
98 Sitzungen geschützt und nicht kopiert werden können. Damit soll dem Umstand
99 Rechnung getragen werden, dass ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen zumeist
100 rhetorisch ungeschult agieren und das Internet „nicht vergisst“.

101

102 Neben transparenten politischen Entscheidungsprozessen ist eine kreative, breite
103 Bürger*innen-Beteiligung weit über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus
104 wichtig. Mit der grünen Forderung nach einer breit besetzten Begleitkommission
105 zum Rückbau des AKW Grohnde, die inzwischen ihre Arbeit aufgenommen hat, haben
106 wir dazu schon einen wichtigen Beitrag geleistet. So soll es auch in anderen
107 Bereichen, z.B. mit der Einrichtung des Dialogforums Landwirtschaft unter
108 Beteiligung von Landwirt*innen, Politiker*innen und Verbraucher*innen und mit
109 Unterstützung der Verwaltung weitergehen. Für andere gesellschaftlich relevante
110 Themenbereiche sind Bürger*innen-Räte, die in einzelnen deutschen Kommunen
111 bereits erfolgreich eingesetzt worden sind, eine sinnvolle Ergänzung zu
112 politischen Beratungen.

113

114 Um die Effizienz der Kreisverwaltung zu steigern, sind wir bestrebt,
115 themenbezogene Benchmark-Prozesse mit anderen Städten ähnlicher Größe
116 anzustoßen. So sollen Stärken und Schwächen in zentralen Politikfeldern, wie zum
117 Beispiel der Umsetzung des Klimaschutzes, der Förderung des ÖPNV und des
118 Radverkehrs offengelegt werden. Aus dieser Analyse sollen in allen
119 organisatorischen Einheiten Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz in diesen
120 Themenfeldern definiert werden.

121 Die Gleichberechtigung von Frauen muss auch in unserer Verwaltung hohe Priorität
122 haben. Mindestens 50% der Führungspositionen unserer Verwaltung müssen deshalb
123 mit Frauen besetzt werden. Durch eine professionelles Diversitätsmanagement soll
124 zudem sicher gestellt werden, dass sich die Vielfalt der Gesellschaft auch in
125 den Mitarbeiter*innen der Verwaltung widerspiegelt.

126

127 Die Kreisverwaltung sollte bei der Beschaffung mit gutem Beispiel vorangehen:
128 Ein an Ressourcenschonung und kurzen Wegen orientiertes nachhaltiges
129 Beschaffungssystem leistet einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz
130 im öffentlichen Leben. Dafür sollen schrittweise alle Tätigkeitsbereiche der
131 Verwaltung einer kritischen Analyse unterzogen werden. Eine stärker regionale
132 Orientierung fördert dabei regionale Wertschöpfungsketten.

133

134 Der Landkreis Hameln-Pyrmont ist untere Wasserschutzbehörde. In der Kreispolitik
135 spielt die Qualität und Menge unseres Trinkwassers bislang eine eher
136 untergeordnete Rolle. Dies wird den kommunalen Eigengesellschaften und
137 Wasserversorgungsverbänden überlassen. Im Prinzip ist das auch richtig. Vor dem
138 Hintergrund zurückgehender Niederschläge und sich verstetigend regelmäßiger
139 Dürreperioden aufgrund des Klimawandels benötigt unser Trinkwasser aber eine
140 größere Aufmerksamkeit auch auf Landkreisebene.

141

142 Es stellt sich die Frage, ob wir über ausreichend Trinkwasserschutzgebiete
143 verfügen, um unsere Bevölkerung auch in Zukunft mit sauberem Trinkwasser
144 versorgen zu können, und ob die bestehenden Schutzgebiete ausreichend geachtet
145 werden. Um hier auch politisch Einblick zu gewinnen, wollen wir die untere
146 Wasserbehörde verpflichten, der Politik jährliche Trinkwasser-Berichte
147 vorzulegen, in denen sich die chemische Qualität des Trinkwassers, die zur
148 Verfügung stehenden Wassermengen, sowie die Entnahme- und Reproduktionsraten
149 abbilden. Dies fordern wir auch für die zurückliegenden 10 Jahre ein, um ein
150 Bild über die bisherige Entwicklung unserer Trinkwasserressourcen zu erhalten
151 und diese mit den aktuellen Daten vergleichen zu können.

152

153 Diese Forderung wird durch Angaben des Landesministeriums für Umwelt, Energie,
154 Bauen und Klimaschutz zur Einhaltung der Grenzwerte für Nitrat (50mg/l)
155 beispielhaft für die Stadt Hameln untermauert. Das Trinkwasser für die Menschen
156 in Hameln speist sich aus vier Quellen. Drei dieser Quellen (damit der Großteil
157 des geförderten Trinkwassers) halten die Grenzwerte nicht mehr ein. Dieses
158 Wasser ist damit nur noch bedingt als Lebensmittel geeignet.

159

160 Eine dauerhafte Veränderung ist nur möglich, wenn die Entsorgung von Abfall aus
161 der agro-industriellen Massentierhaltung in den für das Grundwasser relevanten
162 Gebieten aufhört. Langfristig muss das Ziel sein, dass keine Quelle für
163 Trinkwasser in Hameln-Pyrmont mehr als ein Zehntel des gesetzlichen Grenzwertes
164 aufweist. Um dieses Ziel zu erreichen fordern wir eine Überarbeitung der
165 Wasserschutzverordnungen mit dem Ziel einer tatsächlichen Mengenbegrenzung des
166 ausgebrachten Nitrats.

167

168 Auch im Tierschutz verlangen wir einen stärkeren politischen Einblick in die
169 Aufsichtstätigkeit der Verwaltung. Seit 40 Jahren steht grüne Politik für einen
170 schonenden und respektvollen Umgang der Menschen mit ihrer Umwelt und mit den
171 Tieren. In Niedersachsen ist es die Aufgabe der Kommunen, das Tierschutzgesetz
172 umzusetzen. Wir wollen mehr Transparenz im Tierschutzvollzug: Das für den
173 Tierschutzvollzug im privaten wie im gewerblichen Bereich zuständige
174 Veterinäramt soll dem Kreistag jährlich einen öffentlichen Bericht über Verstöße
175 gegen das Tierschutzrecht und die behördlichen Maßnahmen vorlegen. Gewerbliche
176 Tierhalter*innen sollen unangemeldet und mindestens einmal im Jahr auf die
177 Einhaltung von Hygiene- und Tierschutzregeln kontrolliert werden. Im Rahmen
178 unserer politischen Möglichkeiten werden wir uns dafür einsetzen, dass keine
179 weiteren Genehmigungen für Massentierhaltungs- und Großschlachtenanlagen mehr
180 erfolgen.

A9NEU3 Wirtschaft

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 13.03.2021

Text

1 Wandeln heißt Handeln - Grüne Wirtschaft

2
3 Wichtige Basis unserer GRÜNEN Politik ist eine funktionierende Wirtschaft. Wir
4 setzen hierbei auf die Stärkung regionaler Märkte und die Produktion regionaler
5 Güter. Ökologie und Ökonomie sollen voneinander profitieren.

6
7 „So global wie nötig und so regional wie möglich“ - Regionale Wertschöpfung
8 Eine zukunftsfähige Gesellschaft braucht eine nachhaltige Wirtschaft. Das Motto:
9 „So global wie nötig und so regional wie möglich“ beschreibt eine wichtige
10 Prämisse für die dazu notwendigen Entscheidungen.

11 DIE GRÜNEN im Landkreis Hamen Pymont stehen für eine Wirtschaftspolitik, die
12 regionale Stärken nutzt und die die Region stärkt. Die Orientierung
13 wirtschaftlichen Handelns an Mensch- und Tierwohl, an Nachhaltigkeit und
14 Umweltaspekten sind Basis und Beurteilungskriterium für grüne Wirtschafts- und
15 Innovationsförderung. Über eine reine Unternehmensförderung hinaus, stehen dabei
16 Attraktivität, Lebensqualität und Chancen für die Menschen in den Städten und
17 Dörfern des Kreises Hameln-Pymont im Mittelpunkt. Neue Konzepte für soziales
18 und wirtschaftliches Miteinander, für Handel und Handwerk, für die Industrie und
19 den Dienstleistungssektor werden aktiv gesucht und deren Umsetzung unterstützt.
20 Wir unterstützen in diesem Zusammenhang Neugründungen selbstverwalteter Betriebe
21 und Prozesse zu mehr Beteiligung und Selbstverwaltung innerhalb vorhandener
22 Unternehmen. Regionale Stärken und Bewährtes werden in moderne Konzepte
23 eingebunden und mit intelligentem Technologieeinsatz zukunftsfähig gemacht.

24
25 Vernetzung und Förderung regionaler Anbieter - Direkt- und Regionalvermarktung
26 Eine regionale Wirtschaft dient den hier lebenden Menschen und ist der beste
27 Stabilitäts-Garant in Krisenzeiten. Digitalisierung und moderne Technologien
28 erlauben es, Angebot und Nachfrage zusammenzubringen und die
29 Wertschöpfungsketten innerhalb der Region aufzubauen und zu stärken. Die Akteure
30 sind Unternehmen, Bürger, Verwaltung und - in unserem ländlich geprägten Raum -
31 insbesondere die Landwirtschaft. Hier Vernetzung und Dialog zu gestalten ist
32 zentraler Bestandteil einer zukunftsfähigen kommunalen Wirtschaftspolitik. Dazu
33 gehört die Förderung des direkten persönlichen Austauschs zwischen den Akteuren
34 ebenso wie die gezielte Nutzung digitaler Potentiale z.B. die Schaffung von
35 Plattformen zum Informationsaustausch oder „Börsen“ für regionale Ressourcen und
36 Produkte und Ableitung neuer Chancen für den stationären Handel.
37 Ein wichtiger Punkt ist die Werterhaltung von Immobilien in den Dörfern. Durch
38 Digitalisierung ergeben sich auch in den von den Ballungszentren entfernt
39 liegenden Dörfern neue Chancen, die durch die Förderung gezielter Nachnutzungs-
40 und Standortkonzepte sowie Vernetzung unterstützt werden.

41 Die Lebensader einer florierenden Wirtschaft ist eine gut funktionierende
42 Infrastruktur.

43 Deshalb müssen auch die Abdeckungen der Mobilfunknetze - inklusive 5G - endlich
44 lückenlos geschlossen werden.

45 Unterstützung regionaler Unternehmen bei zukunftsfähigen nachhaltigen
46 Wirtschaftskonzepten

47 Der notwendige gesellschaftlichen Transformationsprozess hin zu einer
48 nachhaltigeren Wirtschaftsweise macht auch vor heimischen Unternehmen nicht
49 halt. Sich verändernde Kundenanforderungen, Digitalisierung, die Notwendigkeit
50 eines nachhaltigen Energie- und Ressourcenmanagement sind Herausforderungen,
51 denen sich die Unternehmen neben ihrer Kerngeschäftstätigkeit stellen müssen.
52 Grüne Wirtschaftspolitik unterstützt Unternehmen, die sich als aktiver Teil
53 dieses Transformationsprozesses verstehen, bei den zu bewältigenden Aufgaben.
54 Die Aufnahme von Nachhaltigkeitszielen in die Bilanz, finanzielle
55 Fördermöglichkeiten sowie Synergiebetrachtungen zwischen Ressourcen- und
56 Energieeinsparungen einerseits und Betriebskostensenkung andererseits erfordert
57 spezielles Know-How und bewusst moderierte Prozesse. Dazu wird die Vernetzung
58 mit im Kreis vorhandenen Spezialisten und Ansprechpartnern gefördert. Bereits
59 vorhandene Institutionen wie das Solarforschungsinstitut und die
60 Klimaschutzagentur werden als wichtige Partner*innen der lokalen Wirtschaft
61 verstanden, weitere benötigte Kompetenzen werden aktiv gesucht oder wenn
62 sinnvoll auch etabliert, wie z.B. gezielter Kompetenzaufbau in der Verwaltung
63 bzgl. möglicher Fördergelder für nachhaltige Unternehmens-/
64 Wirtschaftstransformation.

65 Grüne Wirtschaftspolitik fördert krisenfeste Unternehmensausrichtungen durch
66 Vernetzungsangebote, Kompetenzaufbau und Einbindung in lokale
67 Wertschöpfungsketten.

68

69 Fairer Handel

70 Der Blick über den eigenen Tellerrand ist gerade im Handel mit seinen weltweiten
71 Verflechtungen nötig. Wir sehen genauer hin, woher die Waren kommen, die wir
72 konsumieren, und legen auch bei den dortigen Produktionsbedingungen und unseren
73 Einkaufsentscheidungen einen fairen und nachhaltigen Maßstab an.

74

75 Wir wollen uns mit unseren lokalen Möglichkeiten einsetzen für Fairness im
76 Handel. Dazu hat unser Landkreis sich bereits auf den Weg gemacht und z.B. den
77 "Fairführer" aufgelegt. In diesem Bereich ist allerdings eine wesentlich höhere
78 Konsequenz nötig und es sind faire Waren grundsätzlich vorzuziehen. Unsere
79 Schulen werden dahingehend gefördert, dass sie diesen Gedanken weitertragen und
80 umsetzen. Unsere Repräsentant*innen nutzen - wo immer das möglich ist - die
81 Gelegenheit und machen beispielsweise mit Präsenten auf den fairen Handel und
82 die damit wahrgenommene Verantwortung aufmerksam.

83

84 Förderung neuer Unternehmerkonzepte und von Sozialunternehmen - Stärkung des
85 Genossenschaftsgedankens

86 Bestandteil einer nachhaltigen und resilienten Wirtschaft ist auch die
87 Dezentralisierung und stärkere Beteiligung der Bürger+innen an wirtschaftlichen
88 Prozessen, von denen sie direkt betroffen sind, z.B. die Energiewende oder die
89 Mobilität. Grüne Wirtschaftspolitik fördert daher Genossenschaften und
90 Bürgerzusammenschlüsse bei der Erprobung und Umsetzung neuer Konzepte, welche
91 die Anforderungen einer zukunftsfähigen Gesellschaft umsetzen. Regionale
92 Initiativen und lokales Engagement, welche auf Tauschen, Teilen und Kooperieren
93 ausgerichtet sind, werden als besonders wichtiger Teil der Wirtschaftspolitik
94 gewürdigt.

A10NEU Tourismus

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 13.03.2021

Text

1 Zuhause ist, wo andere Urlaub machen – Das Weserbergland

2
3 „Eine Reise ins Weserbergland ist klimaschonender Urlaub“. Für den Ausbau des
4 Tourismus nach diesem Motto bietet die Landschaft im Kreis Hameln-Pyrmont den
5 besten Rahmen. Diesen Standortfaktor und die daraus resultierenden
6 wirtschaftlichen Potenziale gilt es - insbesondere auch im Sinne einer
7 zukunftsfähigen Dorfentwicklung - ernst nehmen und zu fördern. Dazu gehört es,
8 ganzheitliche Tourismuskonzepte zu erarbeiten und umzusetzen. Die notwendigen
9 Voraussetzungen z.B. Landschaftsschutz, Mobilitätskonzepte und Regionalität
10 müssen übergreifend bei allen Verwaltungsentscheidungen berücksichtigt werden,
11 um den Standortfaktor Landschaft zu erhalten und die Potentiale im Tourismus zum
12 Wohle unserer Ortschaften zu erschließen und auszubauen.

13
14 Der Naturpark Weserbergland als Standortfaktor und Marke

15
16 Der Naturpark Weserbergland wurde 1975 gegründet und bedeckt den Landkreis
17 Hameln-Pyrmont vollständig sowie den Landkreis Schaumburg etwa zur Hälfte. Bis
18 2020 wurde der Naturpark ausschließlich ehrenamtlich geführt – zuletzt
19 dankenswerterweise vom ehemaligen Bürgermeister von Rinteln Karl-Heinz Buchholz.
20 Seit 2021 hat er nun endlich einen hauptamtlichen Geschäftsführer. Diese
21 Entwicklung haben wir GRÜNEN im Kreistag Hameln-Pyrmont maßgeblich
22 vorangetrieben. Die Aufgaben eines Naturparks sind im Bundesnaturschutzgesetz
23 geregelt.

24
25 Wir wollen, dass der Naturpark Weserbergland zu einer echten Marke für sanften
26 Tourismus wird, die für Erholung bei Klettern, Wandern, Rad- und Bootfahren, für
27 abwechslungsreiche Landschaft, Artenvielfalt, regionale Produkte und
28 Umweltbildung steht. Weser, Berge, Land und Menschen sollen dabei im Mittelpunkt
29 stehen. Der Naturpark soll Impulsgeber und Förderer entsprechender Entwicklungen
30 in unserem Landkreis werden. Er soll Partner für lokale Akteur*innen werden, die
31 sich im Sinne des Nachhaltigkeitsgedankens in und für unseren Landkreis
32 ökologisch, wirtschaftlich und sozial engagieren wollen. Nachhaltigkeit zielt in
33 unserem Sinne darauf ab, dass Menschen und Regionen sich weiterentwickeln und
34 Wachstum erzielen können, allerdings nicht grenzenlos und ohne dabei anderen
35 Menschen und Regionen die Lebensgrundlage zu entziehen – weder jetzt noch in
36 nachfolgenden Generationen. Unser Ziel ist eine chancengerechte Entwicklung, die
37 ein Leben in Frieden und ein dauerhaft tragfähiges Ökosystem ermöglicht.

38
39 In einem ersten Schritt auf diesem Weg wollen wir, dass der Naturpark
40 Weserbergland Mitglied im Landesverband Niedersachsen der „Regionalbewegung“
41 wird. Ziel des Verbandes ist es, Verbände und Institutionen aus verschiedenen
42 Fachbereichen, wie Gastronomie, Handwerk, Landwirtschaft, Verbraucher- und
43 Umweltschutz sowie Regionalentwicklung und Regionalvermarktung
44 zusammenzubringen, um sich gemeinsam für die Interessen der Regionen in
45 Niedersachsen einzusetzen und einen Austausch zu fördern.[2]

46
47 Viele weitere Ansatzpunkte für die Tätigkeit und Entwicklung des Naturparks
48 Weserbergland finden sich auch in den anderen Kapiteln dieses Wahlprogramms.

A12NEU3 Kreislaufwirtschaft

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 13.03.2021

Text

1 Reparieren, Teilen, Wiederverwenden – von der Abfall- zur Kreislaufwirtschaft

2
3 Alles zusammengerechnet "produzieren" die Menschen in Deutschland jedes Jahr
4 über
5 600 kg Abfall pro Kopf; der Anteil der von örtlichen Unternehmen eingesammelten
6 Haushaltsabfälle liegt bei etwa 90 kg/Kopf und Jahr. Das meiste davon wird
7 irgendwie "verwertet", wobei sogar die Müllverbrennung als „thermisches
8 Verwertungsverfahren“ bezeichnet werden darf.

9
10 In Wirklichkeit "leisten" wir uns Rohstoffverschwendung in einem gigantischen
11 Ausmaß, das nur noch von wenigen Ländern der Welt übertroffen wird. Da bei der
12 Herstellung und beim Transport all dieser weggeworfenen Konsum-Güter jede Menge
13 Energie benötigt wurde, hat diese Form der Abfallproduktion und
14 Materialentwertung auch einen negativen Einfluss auf das Klima.

15
16 Viel besser wäre es, wenn all die Waren und Materialien, die wir für unser Leben
17 benötigen, wesentlich länger genutzt werden könnten und auch würden. Zudem
18 sollten wir auf vieles eigentlich Überflüssige verzichten. Alle Menschen können
19 ihr Leben mehr oder weniger schnell auf ihr persönliches Höchstmaß an
20 Abfallvermeidung umstellen.

21
22 Einige Beispiele:

- 23 · Waren möglichst unverpackt kaufen (spezielle "Unverpackt-Läden" sollten vom LK
- 24 gefördert werden).
- 25 · In Gebrauchtwaren-Märkten kann von elektrischen Geräten und Bekleidung bis hin
- 26 zu Möbeln Vieles erworben werden, wodurch Neuanschaffungen zunehmend seltener
- 27 nötig sind (auch diese Läden bedürfen einer Förderung und ggf.
- 28 Anschubfinanzierung).
- 29 · Ähnliches leisten digitale Tauschbörsen; einige dieser Art gibt es schon im
- 30 Netz; eine weitere kann für die Region Weserbergland geschaffen werden.
- 31 · Auch Reparatur-Werkstätten sollten in jeder Kommune eingerichtet werden.
- 32 · Auf der anderen Seite könnten Kommunen eine Abgabe auf To-Go-Lebensmittel
- 33 erheben, soweit nicht mittlerweile schon eine Pflicht zu Mehrwegverpackungen bei
- 34 solchen Lebensmittel-Abgaben besteht.
- 35 · Ebenfalls digital unterstützt lassen sich Sharing-Projekte ins Leben rufen:
- 36 hierbei werden Gebrauchsgegenstände zwischen Privatpersonen ausgeliehen bzw.
- 37 geteilt (PKWs, Elektrogeräte, spezielle Werkzeuge, etc.)

38
39 Die Förderung bzw. die eigenbetriebliche Organisation solcher und anderer
40 Abfallvermeidungsprojekte muss aktiver Bestandteil der Kreispolitik und -
41 verwaltung werden. Insbesondere muss im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit des
42 Eigenbetriebs "Abfallwirtschaft" die allgemeine Abfallvermeidung unter Benennung
43 konkreter Projekte eine größere Rolle spielen. Selbstverständlich muss die
44 Kreisverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen.

45
46 Die gesetzlich vorgegebene sog. Abfallverwertungs-Hierarchie steht bei uns - wie
47 auch bei den meisten anderen Landkreisen und Städten - überwiegend nur auf dem
48 Papier.

49 Im Einzelnen besteht diese "Hierarchie" aus den folgenden Stufen:

50

51 1. Wiederverwendung des Gegenstandes, ggf. nach Reparatur und Überprüfung der
52 sicheren Funktionsfähigkeit;

53 2. Demontage des Gegenstandes und Weiternutzung der (meisten) Einzelteile in
54 ihrer ursprünglichen Funktion;

55 3. Weiternutzung von Einzelteilen in anderer Funktion, z.B. Fertigung von
56 Regalbrettern aus ehemaligen Möbeln;

57 4. Werkstoffliche Nutzung nach Separierung der verschiedenen Stoffe, z.B.

58 Einschmelzen von sortenreinen Metallen oder Herstellung von Toilettenpapieren
59 aus Altpapier;

60 5. Energetische Nutzung von brennbaren Stoffen;

61 6. (Mit)-Verbrennung von gemischten Abfällen, die auch nichtbrennbare Anteile
62 enthalten;

63 7. Verwendung von schadstoffarmen Verbrennungsresten im Straßenbau etc.;

64 8. Sondermüll-Verbrennung von schadstoffhaltigen Abfällen;

65 9. Deponierung von schadstoffhaltigen Verbrennungsresten in sicheren Deponien,
66 ggf. unter Tage.

67

68 Bisher liegt der Schwerpunkt der Tätigkeiten unserer Kreisabfallwirtschaft auf
69 der Sammlung von Abfällen und einzelnen Wertstofffraktionen. Wir plädieren für

70 eine deutliche Ausweitung ihrer Wertstoff-bezogenen Tätigkeiten, so dass sich
71 die bisherige Abfallwirtschaft nach und nach zu einer Kreislaufwirtschaft

72 entwickelt. Die KAW sollte angelieferte noch nutzbare Haushaltsgegenstände,
73 Bücher und Möbel zu festen Öffnungszeiten gegen eine geringe Gebühr direkt zur

74 Abholung weitergeben. Auf der Ebene der zweiten Stufe sollte die

75 Kreisabfallwirtschaft ebenfalls stärker tätig werden. Schon bisher wird der

76 Sperrmüll grob getrennt eingesammelt. Hier wären weitergehende Sortierungs- und
77 Demontageschritte möglich, wobei sich z.T. auch die Vermarktungsmöglichkeiten

78 auf der dritten und vierten Stufe erhöhen würden.

79

80 Perspektivisch müssten im Landkreis Hameln-Pyrmont mehrere dezentrale
81 Wertstoffhöfe errichtet und die Wertstofftonne eingeführt werden, um größere
82 Mengen von stofflich recyclingfähigen Gegenständen zu erfassen und in einer
83 eigenen Anlage zu verarbeiten.

84

85 Ein wesentlicher Fortschritt auf den kombinierten Stufen vier und fünf stellt
86 die Verarbeitung von Resthölzern und anderem organischen Material zu Bio-

87 Pflanzenkohle und danach zu Terra Preta dar. Auch in diesem Fall sollte die

88 Kreisabfallwirtschaft mindestens als Kooperationspartner aktiv an einem Projekt
89 mitarbeiten, das nicht nur dem stofflichen Recycling dient, sondern insbesondere

90 durch Festlegung von Kohlenstoff auch dem Klimaschutz.

91

92 Beispielhaft sei hier das Projekt „Landwirtschaft regenerativ“ des Fördervereins
93 Terra Preta Weserbergland e.V. genannt:

94

95 · Durch das Aufbringen von Pflanzenkohle-Kompost, bekannt als Terra Preta, will
96 das Projekt den Humusaufbau in Landwirtschaft und Gartenbau unterstützen und

97 stabilisieren. Ziel ist es, den durchschnittlichen Humusgehalt auf mindestens

98 5,5 Prozent zu steigern – da beginnt die Selbstorganisation der Bodenlebewesen.

99 Erträge können so gesteigert werden. Weitere Effekte sind die Steigerung der

100 Biodiversität und die CO₂-Sequestrierung

101 · Als Ausgangsmaterial will das Projekt die 30.000 t Grünschnitt und
102 Landschaftspflegematerial verwenden, die in unserem Landkreis jährlich anfallen.
103 Das Holzige wird zu Pflanzenkohle, der weiche Anteil wird mit der Pflanzenkohle
104 gemischt und dann fermentiert und möglichst preiswert an Landwirte, Gärtner und
105 Kleingärtner abgegeben. Dafür soll die Organisationsform einer Genossenschaft
106 dienen.

107 · Der durch die Anwendung von Terra Preta Kompost entstehende
108 Produktivitätszuwachs soll Raum schaffen für die Anlage von
109 Gewässerrandstreifen, Ackerrandstreifen und Blühstreifen. Hinzu kommen Keylines
110 – Gehölzstreifen entlang der Höhenlinien, die das Wasser im Feld halten. Diese
111 Streifen haben eine Mehrfachfunktion: Biotopbildung und Biotopvernetzung,
112 Gewässerschutz, Erosionsschutz, Speicherung von Wasser, Biodiversitätsspeicher.

113 · Parallel soll eine Permakultur-Gärtnerei nach dem Muster der französischen
114 Farm Bec Hellouin aufgebaut werden. Hier soll das Pflanzenkohlesubstrat
115 beispielhaft zur Anwendung kommen, gehandicapte Menschen sollen einen
116 Arbeitsplatz finden, ein Informations- und Tagungszentrum soll angegliedert
117 sein.

118
119 Dem Klimaschutz dient im Übrigen auch jedes Wertstoff-Recycling, das zu einer
120 Reduzierung der sog. thermischen Verwertung beiträgt. Für das Erreichen der
121 Klimaziele aus dem Paris-Abkommen ist es absolut notwendig, neben dem Stopp der
122 Verbrennung von fossilen Energieträgern auch möglichst viel biogenen Kohlenstoff
123 im Stoffkreislauf zu halten bzw. ihn letztlich z.B. in fruchtbaren Böden
124 anzureichern.

125
126 Selbst die Chemische Industrie kann zum Klimaschutz beitragen, indem sie - als
127 Ersatz für Erdöl und Erdgas - verschiedenste biogene Stoffe zersetzt und die
128 Pyrolyse-Produkte zur Herstellung von Chemikalien, Pharmazeutika und Polymeren
129 nutzt.

130

131

132

133 [1] <https://www.bne-portal.de/de/was-ist-bne-1713.html>

134 [2] <https://www.regionalbewegung.de/landesverbaende/niedersachsen/ziele/>